

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich
80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband 90 Pfg.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeitler Strasse 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 30 Pfg. für die gespaltene
Petitzelle oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einfindung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 43.

Sonnabend, den 26. Oktober 1907.

11. Jahrgang.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Über alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist
wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende
Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperert sind: Höchst (Odenwald): Blas Cung. Reihelm:
Steingewerkschaft Kapfberg. Erfurt: Wertplage Walter und
Hartmann. Jena: Konradus. Dresden: Brückenbau, die
Firmen Dyckerhoff u. Widmann sowie Holzmann u. Komp.
Schmalzkalden: Steinbruch Peter.

Meißen. Die Köhlerische Aussperrung dauert unverändert
fort. Jetzt will Köhler sich selbst Steinmehren anlernen,
wir gratulieren zu diesem Erfolg. Erfreulich ist es, daß
die Hoffnung Köhlers, arbeitswillige Steinmehren zu
engagieren, förmlich mißlungen ist. Die arbeitswilligen
ungerelerten Arbeiter sind der gelben Organisation an-
geschloffen.

Die Agenten Köhlers üben in Ungarn und Nieder-Oester-
reich ihre Tätigkeit aus, um Arbeitswillige anzuwerben. In
den Bezirken Budweis, Gmünd, Groß- und Kleinenstein
konnte nicht ein Mann für Köhler gewonnen werden.

Aus Mauthausen wird uns besonders berichtet, daß ein
Agent, mit Namen Girzlehen, am 21. d. Mts. nach Meißen
abgefahren ist, er hat einige angeworben, welche in einem
Licht geschäftlich werden, daß wenig Staat mit denselben in
Meißen gemacht werden kann. In Malsburg (Baden) war
der Geschäftsführer als Anwerber ohne Erfolg tätig. Der
Agent Wolf ist unausgesezt in Oesterreichisch-Schlesien und
den angrenzenden Granitgebieten an der Arbeit, Leute zu
kapern. Es sind Plakate ausgehängt, auf welchen die Zahl
der bereits bei Köhler Arbeitenden von Woche zu Woche in
steigender Zahl verändert werden, wahrscheinlich, um den Be-
trieb nicht so verödet erscheinen zu lassen. Auch in der Ober-
pfalz ist ein Agent, insbesondere in Friedensfeld, welcher sich
nach den gewaltigsten Anstrengungen eine Abfuhr bei unsern
Kollegen holte.

Allen Kollegen des In- und Auslandes wird ausdrück-
lich mitgeteilt, daß der Kampf in aller Schärfe weiter ge-
führt wird.

Berlin II. Der Streik der Marmorarbeiter dauert fort.
Die Mehrzahl der Kollegen arbeitet bereits zu den
neuen Bedingungen. Einige Unternehmer dachten die
Kollegen niederknuppeln zu können, doch einer um den
anderen schloß mit uns Frieden. Hoffentlich können
wir bald über einen vollen Erfolg berichten. Zuzug nach
hier ist streng zu meiden.

Königs-Lutter. Wegen Tarifdifferenzen und Maßregelungen
stellten die hiesigen Steinbrucharbeiter die Arbeit ein.

Königsbrück. Granitarbeiter haben nach hier Zuzug fernzu-
halten. Die Unternehmer weigerten sich, mit unsern Kollegen
einen Tarifvertrag abzuschließen.

Strasburg (Elsaß). Die Bauarbeiter streiken; Steinmehren
haben Zuzug zu unterlassen.

Maulbronn (Württemberg). Bei Burer wurden 21 Kollegen
wegen angeblichem Arbeitsmangel entlassen. Meist sind Ver-
bandsmitglieder und Vorstandsmitglieder von diesem freund-
lichen Unternehmerrakt betroffen.

Groß-Hartmannsdorf. Das hiesige Kaltwerk ist gesperrt. Den
Kollegen wird die Ausübung des Koalitionsrechtes von der
Betriebsleitung unmöglich gemacht. Zuzug ist zu unterlassen.

Reffelsdorf, Zahlstelle Radwiz. Die Steinmehren haben
bei Meißner Neumann wegen Nichterhaltung des Tarifs die
Arbeit eingestellt. Die Brecher, die am gemeinschaftlichen
Bubenrecht teilnahmen, wurden ausgesperrt. Neumann meinte,
die Brecher hätten den „Gehorsam verweigert“. Festgestellt
sei noch, daß Neumann von den Steinmehren „schriftlich“
verlangte, bei den anzufertigenden Architravstücken den Tarif
außer Kraft treten zu lassen.

An die Vertrauensleute.

Sperren werden im Fachblatt nur publiziert, wenn der
Grund zur Sperre vom Lokalverband eingehendst
schriftlich geschildert wird.

Jeder Streik, der ohne Genehmigung des Zentralvor-
standes beschlossen wird, wird von der Hauptklasse nicht unter-
stützt. Wir müssen dringendst um die Einhaltung der statutarischen
Bestimmungen bitten. Wo gegen das Statut gehandelt
wird, haben die Kollegen die Folgen ihrer überstürzten Hand-
lungsweise selbst zu tragen.

Der Reklame-Kongreß.

Sage mir, mit wem du umgehst,
und ich sage dir, wer du bist.

In Berlin trat am 20. Oktober nach pomphaften Ankündi-
gungen der bürgerlichen Presse der Zweite deutsche Arbeiterkon-
greß zusammen. Wenn je eine Bezeichnung ungerechtfertigt war,
dann diese. Arbeiter spielen bei diesem Kongreß nur die Rolle
von Statisten. Die Drahtzieher sind geschickte und geschorene
Geistliche, Lehrer, Beamte und ähnliche „Arbeiter“. Alles, was
sich nicht zu der modernen Arbeiterbewegung zählt — außer den
Girsch — fand sich auf diesen Paradedarstellungen zusammen:
Deutschnationale Handlungsgehilfen (Leute mit einem gewissen
Standesdünkel, die sich sonst immer einbilden, etwas Besseres
wie Arbeiter zu sein), interkonfessionelle christliche Gewerkschaften,
katholische Arbeiter-, Gesellen- und Knappenvereine, evangelische

Jünglings- und „Männer“-Vereine und wer weiß, was sonst noch
für Ausharbeiter.

Das gemeinsame Streben dieser von politischen und reli-
giösen Drahtziehern am Narrenfuß Geführten und deren Führer
ist, der modernen Arbeiterbewegung Knüppel zwischen die Beine
zu werfen, ihr im Kampfe um eine bessere Lebenslage in der
heutigen Gesellschaft und die Herbeiführung einer gerechteren
Gesellschaftsordnung in den Arm zu fallen.

Die Mitglieder dieses bunten Konglomerats werden von
den wirtschaftlichen und politischen Gegnern der Arbeiterklasse
mißbraucht zu ihren arbeiterfreundlichen Zwecken, ohne daß sie
vielfach bisher etwas davon merkten.

In neuerer Zeit aber machen sich allerorten Symptome be-
merkbar, daß das Klassengefühl bei den christlichen Gewerk-
schaftlern doch stärker war, als alle ihnen systematisch ein-
getrichterten Lehren von der Harmonie, dem besseren Jenseits,
und dem Haß gegen die moderne Arbeiterbewegung. Das rüd-
sichtslose Vorgehen christlicher Kapitalisten gegen ihre ebenso
christlichen Arbeiter bei Differenzen öffnete den letzteren die
Augen über die Rolle, die sie spielen.

Auf dem Ersten deutschen Arbeiterkongreß '1903 in Frank-
furt a. M. hat man von den Führern große Versprechungen ge-
macht und auf den „gewaltigen Einfluß“ hingewiesen, den diese
„nationale Arbeiterbewegung“ auf die Reichsregierung gewinnen
würde in bezug auf die Fortführung der Sozialreform, die Sicher-
ung des Koalitionsrechtes usw. Nichts haben sie erreicht und
mußten nun in Berlin mit leeren Händen vor ihre „Arbeiter“
treten.

Christlich-sozial ist Unstinn! wurde einmal von hoher Stelle
erklärt. „Christliche Arbeiterbewegung“ ist dreimal Unstinn
gegenüber dem Umstande, daß die wirtschaftlichen und politischen
Gegner der Arbeiterklasse gegen diese zusammenhalten trotz Reli-
gion und Politik. Zu dieser Einsicht werden früher oder später
die „christlichen Arbeiter“ durch die harten Tatsachen getrieben
werden. Daran ändern diese mit so viel Lament und Geschrei
arrangierten Kongresse nicht das mindeste.

Bei der Eröffnung am 20. Oktober ging es hoch her. Dem
Kongreß leuchtete die Gnadensonne der Regierung. Es waren
nämlich Staatssekretär von Bethmann-Hollweg in Begleitung
des Ministerialdirektors Casper und des Geh. Oberregierungs-
rats Dr. Koch, ferner der preußische Handelsminister Dr. Del-
brück mit drei Geheimräten zur Tagung erschienen; ferner die
Abgeordneten Geh. Regierungsrat Schwabach, Ling, Erzberger,
Giesberts, Schiffner, Schirmer, Becker, Hofprediger Höcker,
Rauk, Liebermann von Sonnenberg und Schad, weiter der
Generalsekretär der Gesellschaft für Soziale Reform Professor
Dr. Franke, sowie ein Vertreter der königlichen Gewerbeinspek-
tion.

Die Auslassungen des Staatssekretärs wurden natürlich
stürmisch applaudiert. Wie oft werden die Christlich-nationalen
auf solche nichtsagenden Worte noch hereinfallen? Auch
die anwesenden Reichstagsabgeordneten der verschiedensten Par-
teien sagten manch „schönes“ Wort, denn die Arbeiter braucht
man ja, um sie an die einzelnen Parteifarren spannen zu
können. Diese große Liebe für die Arbeiter ist bei den bürger-
lichen Parlamentariern allerdings erst sehr spät erwacht.

Als wir am Montag den Sitzungssaal betraten, zeigte sich
dort um 9½ Uhr noch eine große Leere. Nur langsam kamen
nach Eröffnung der Sitzung die Delegierten an, ein Reichen, daß
sie den Verhandlungen kein allzu großes Interesse entgegen-
brachten. Außer den Delegierten sind kaum drei Duzend Zu-
hörer aus andern Kreisen anwesend. Wie ganz anders ist das
bei unsern Gewerkschafts- und Parteikonferenzen. „Echte“
Begeisterung tritt erst ein, als der Staatsminister a. D. von
Berlepsch begrüßt wird.

Generalsekretär Stegerwald spricht dann über die Fort-
führung der Sozialpolitik in Deutschland. Seine Rede ist weder
inhaltlich, noch rhetorisch eine Glanzleistung; das Referat war
eine alltägliche zu hörende Mittelleistung. Der Referent be-
schwerte sich bitter, daß seine Gewerkschaftsfreunde von den Re-
gierungen mit demselben Maße gemessen werden, wie die
sozialdemokratischen. Stegerwald hat ja sichtlich um die „Be-
hördliche Anerkennung“. Fürwahr, eine solche elende Schweif-
webele nach „oben“, soll eines Arbeiterführers unwürdig sein.
Was Stegerwald ferner über die sozialpolitischen Forderungen
seiner Freunde sagte, war kraft- und fastlos. Auch die aus-
gesetzten Monitas an den Vorlagen der Regierung waren recht
wässrig. Aber Stegerwald fing auch an, sich zu „entrüsten“. Nämlich,
die Monopolverträge der Goldschläger und insbesondere
der Buchdrucker haben ihm es angetan, weil durch diese Verträge
die „christlich-nationalen“ Gewerkschaften völlig beim Abschluß
„ausgeschaltet“ wurden. Durch diese Verträge, meinte Steger-
wald, treibe man die national gestimmten Arbeiter, in die großen
Gewerkschaften der Sozialdemokratie. Stegerwald hätte sagen
sollen, die christlich-nationalen Organisationen sind viel zu
schwach, um solche Monopolverträge zum Abschluß bringen zu
können. Nur weil ihnen die Macht, weil ihnen die Mitglieder
und die Mittel fehlen, deshalb laufen sie gegen diese
Monopolverträge Sturm. (Iren war nicht, so hat der „christ-
liche“ Transportarbeiterverband in einer Zahlstelle Baherns
einen Tarifvertrag abgeschlossen, welcher besagt, daß die Unter-
nehmer nur „christlich“ organisierte beschäftigten dürfen. Also
Moral mit doppeltem Boden.) Die Anschauung Stegerwalds ist
geradezu lächerlich, denn Monopolverträge über ganze Gewerbe
und Berufe schließt man doch nicht mit gewerkschaftlichen Aussen
ab — Die Aufmerksamkeit während des Referats war so groß,
daß der Vorsitzende „wiederholt“ um Ruhe bitten mußte.
Auch die Freymenschen haben Stiff und Feder zur Seite gelegt,
aber Stegerwald redet immer zu. Von einem bemerkenswerten
gehaltvollen Gedanken finden wir keine Spur. Das Referat
wurde aber trotzdem mit stürmischem Beifall aufgenommen, ein
Zeichen, welche minimale Anforderungen an das Referat gestellt
wurden.

Die evangelischen Arbeiter des Saargebiets ließen durch
einen Deputierten anfragen, warum die Girsch-Dundersch
auf dem Kongreß nicht erschienen sind. Der Antisemitisch an-

gehauchte Abgeordnete Behrens gab eine saloppe Erklärung ab
und nahm auf die kölnische Zeitung Bezug, die eine Aeußerung
des Girsch-Dunderschen Zentralrats enthält, welche besagt, daß
sie auf einer Tagung, welche ultramontanen, antisemitischen,
konservativen und nationalliberalen Anstrich hätte, nicht vertreten
sein wollen. Diese Binsenwahrheit wurde mit großer Entrüstung
aufgenommen.

Die Debatte über Stegerwalds Referat wurde ziemlich leb-
haft geführt. Die meisten Redner beschränkten sich über den
bekanntesten preußisch-deutschen Polizeigeist, den auch sie zu spüren
bekommen. Es fielen auch scharfe Worte gegenüber dem Still-
stand in der Sozialpolitik. Um aber nach außen hin und bei
den Regierungen nicht in ein zu schiefes Licht zu geraten, be-
tonte beinahe jeder Redner seine „wahre nationale“ Gesinnung.

Der Gegensatz zwischen den christlichen Gewerkschaften und
katholischen Fachabteilungen kommt auch hier scharf zum Aus-
druck. Arbeitersekretär Richter, Vertreter der letztgenannten
Richtung, meinte, es dürfte unter den national gestimmten Ar-
beitern nicht die Meinung Platz greifen, als würde durch ge-
waltige Streiks ein Druck auf die Gesetzgebung ausgeübt. Ins-
besondere wollte er sagen, daß die preußische Berggesetznovelle
auch ohne den gewaltigen Streik 1905 zustande gekommen wäre.
O heilige Einfalt!

Dieser Arbeiterführer muß über die geradezu ungeheueren
und fröhen Unbotmäßigkeiten der Bechenmagnaten anscheinend
noch keine Zeile gelesen haben. Aus kirchlichen Auslassungen Klang
eine Leisetreterei heraus, wie sie nur nach dem Geschmack und
Wunsch der Leute von der Arbeitgeberzeitung sein kann. Als
ein Arbeiter Fischer vom Württembergischen Evangelischen
Arbeiterverein die Einführung des direkten allgemeinen gleichen
und geheimen Wahlrechts zu den Landtagen forderte, meinten
einige Delegierte: „Was gehen uns die Süddeutschen an.“ Es
ist gut, daß dieser Zwischenruf nicht allzu laut erfolgte; aber
man sieht, wie engherzig und kurzfristig die christlich-nationalen
Arbeiter in solch tief einschneidenden Fragen noch sind.

Eins mundert uns: Warum kam nicht ein Redner auf den
Gedanken und sagte: Alle bürgerlichen Parteien fliehen den
christlich-nationalen Arbeitern gegenüber in Wohlwollen über,
und trotzdem ist der sozialpolitische Karren schon seit 10 Jahren
um keinen Zoll vorwärts gebracht worden. Statt darüber
nachzudenken, werden die „freien“ Gewerkschaften bei jeder Ge-
legenheit von diesen Ausharkeitem in der schamlosesten Weise
bekämpft —

Ueber die Sonntagsruhe im Handewerbe referierte ein
Herr v. Döhring aus Hamburg. Bemerkenswertes ging aus
seinen Auslassungen nicht hervor. Wenn sich diese Leute mit
diesem Thema befassen, so deshalb, weil die sozialdemokratische
Fraktion im Reichstag schon längst die völlige Sonntagsruhe für
das Transportgewerbe erstrebte. Bombastisch meinte in der
Debatte der berüchtigte christliche Fachabteilungsvertreter Duhl
aus Breslau, daß die Zentralorganisationen (Freien Gewerk-
schaften) kein Verständnis für völlige Sonntagsruhe hätten,
nämlich deshalb, weil sie „antichristlich“ seien. Dummheit kennt
eben keine Grenzen! Trotzdem Duhl diese Phrase mit großer
Lungentraft ausstieß, war der Beifall minimal. Herr Duhl
will also auf der einen Seite einem freien Sonntag das Wort
reden, andererseits aber will er, daß die Arbeiter der Obhut der
Herren Geistlichen anvertraut werden. Als der christliche Herr
Duhl das Postament betrat, flüsterte man sich gegenseitig spöttisch
zu: „Den kennen wir schon!“

Die Christenliche unter den Christen scheint nicht allzu
weit her zu sein. Uad der Kongreß war sicherlich herzlich froh,
als Duhl, der in öffentlichen Gewerkschaftsversammlungen
durch seine rednerischen Entgleisungen schon so viel Unheil an-
gerichtet hat, die Rednerbühne verließ. Sicherlich aber war er
sich bewußt, daß auch „sein“ Licht allen leuchtete, die im Saale
waren.

In der Dienstagsitzung referierte Herr Weber, der Vor-
sitzende des christlichen Metallarbeiterverbandes, über das Thema:
Der Arbeiterschutz in der gesundheitschädlichen und schweren
Industrie. Sein Referat war das beste unter den gehörten
Vorträgen. Recht demagogisch war es, als er in den Saal rief, die
Sozialdemokratie sowie die freien Gewerkschaften hätten für die
Arbeiter in der schweren Industrie noch kein Wort übrig gehabt.

Es sei festgesetzt, daß der Deutsche Metallarbeiterverband
(Sitz Stuttgart) unter den Arbeitern der Montan-
industrie selbst eine Enquete betankalierte. Das Re-
sultat dieser Erhebungen ging damals dem Reichstage
in der Form einer äußerst inhaltsreichen Denk-
schrift zu. Der Abgeordnete Genosse Que schilderte geradezu
mit flammenden Worten die ungeheuer traurige Lage dieser
Kategorie von Arbeitern. Die Rede Quies hatte im Reichstag
sowie in der gesamten Presse ungeheures Aufsehen erregt. Doch
das verschwiegen Weber mit echt jesuitischer Ge-
schicklichkeit; er fand sogar den recht traurigen Mut, die
Sozialdemokratie recht unqualifiziert anzurempeln, um durch
dieses Fehertunstückchen die Schande zu verdecken, daß das
Zentrum sich der Arbeiter in der Montanindustrie noch niemals
durch ein etwaiges Eingreifen im Parlament erinnert hat. Mit
Recht sagte Genosse Weber in Essen, daß die gestellten Anträge
im Reichstage, soweit diese sozialpolitischer Art sind, diese die
bürgerlichen Parteien aus der Rüstammer der sozialdemokrati-
schen parlamentarischen Tätigkeit entnommen, also plagia-
tiert haben.

Bei der Debatte über diesen Punkt traten alle bekannten
christlichen Größen an die Kampe, so insbesondere Giesberts
und Effert.

Zu einem dramatischen Zwischenfall kommt es, als der
Fachabteiler Müller-Waldenburg am Schlusse seiner Rede
meinte, es sei zugegeben, daß durch Streiks schon ganz schöne
Erfolge erzielt worden sind. (Stürmischer Beifall bei den
christlichen Gewerkschaftlern.) Aber er sei kein
Freund von Streiks, weil die Arbeiter direkt darunter leiden
müßten. (Stürmischer Beifall bei den katholischen Fach-
abteilungsdelegierten. Großes Gelächter bei den
anderen.) Und Müller meinte recht naiv, wenn der Streik

uns alles bringen könnte, dann brauchten wir keine gesetzgebenden Aktionen. Mit Recht meinte ein anderer Redner, das, was hier die Sachabteiler vertreten, das wollen nämlich auch die vom Unternehmertum gehätschelten „Gelben“. Wieder entrüsteten sich die Sachabteiler über diese ganz selbstverständliche Deduktion. Wir sehen also, daß sich die Brüder in Christo noch in der schärfsten Weise befanden, wahrhaftig wird fortan das Kriegsbeil noch mehr geschärft, es hat nicht den Anschein, als solle dasselbe in Zukunft begraben werden. In der Vormittagsitzung tritt nochmals eine hochdramatische Szene ein. Auf das an den Kaiser gesandte „Ergebenheits-telegramm“ trifft die Rückäußerung ein. Die christlichen Führer eilen aufs Podium, insbesondere Siebertz scheint, nachdem er den Text studiert hat, von dem Inhalt sehr erbaunt zu sein, denn sein Gesicht glänzt, als wie das einer Madonna. Bei der Verlesung des Telegramms wird natürlich stürmisch Beifall geflößt.

Eins fällt uns bei den Rednern auf, immer wird auf die Worte des Staatssekretärs Bethmann-Sollweg Bezug genommen, einzelne Redner schlugen Kurzgebäude voll Wonne über die Worte Seiner Erzellenz. Die Staatssekretär wird so oft zitiert, als hätte er den industriellen Arbeitern schon den Achtundzestag gegeben. Dieses Beweihräuchern des zweithöchsten Reichsbeamten, der sozialpolitisch noch nicht das geringste geleistet hat, zeigte, daß sich die Christlichnationalen sehr leicht mit billigen Redensarten abspülen lassen.

Ueber die Arbeiterinnenfrage referierte Frh. Graf M. Glabach. Die Christlichen wurden durch „unser“ Vorgehen gezwungen, sich mit der Frauenfrage zu befassen. Die riesig vorwärtstürmende sozialistische Bewegung überflutet alle Gebiete des öffentlichen Lebens, die Frauenfrage wurde schon längst ventiliert, sie heimt schon die Früchte ein, indem sich die sozialistischen Frauenorganisationen immer mehr ausbreiten. Da ist es endlich an der Zeit, daß sich die Christlichen auch der sehr schwer unterdrückten Frauen annehmen, denn sonst hätten sie ja das Nachsehen. Dr. Heim hat erst in Würzburg auf dem Katholikentage betont, organisiert die weiblichen Dienstmädchen und industriellen Arbeiterinnen, denn die Sozialdemokratie hat hier schon ihre weiten Fangarme ausgestreckt. Nichts kann glänzender die Lätigkeit der modernen Gewerkschaften rechtfertigen, als solche Ausführungen aus „gegnerischem Munde“.

Aus den ganzen Verhandlungen ging zur Evidenz hervor, alles aufzubieten, um die sozialdemokratische Arbeiterbewegung im Vormarsche kräftig zu hindern. Immer wurde betont, die deutschen Kapitalmagnaten möchten zur Vernunft kommen und ihre scharfmacherischen Tendenz preisgeben, dann würde mit der nationalen Arbeiterschaft leicht eine Verständigung zu erzielen sein. O, beneidenswerte Arbeitervertreter, wenn Euch die Unternehmer niederknüppeln, dann sagt ihr, es war bloß ein sanfter Badenstreich, der nicht geschmerzt hat, und Ihr findet Euch sofort wieder beruhigt, wenn aus dem Munde der Regierung eine halbwegs schmerzstillende Erklärung abgegeben wird.

Der sogenannte „zweite nationale deutsche Arbeiterkongress“ hat es abgelehnt, zur preussischen Landtagswahlrechtsfrage Stellung zu nehmen. Dort, wo er schließlich einen wirksamen moralischen Einfluß im Interesse der „entrechteten“ Arbeiter hätte ausüben können, hat er völlig versagt. Wenn in den nächsten Tagen nun die nationale Arbeiterdeputation zum Reichskanzler „pilgert“, da hätte sich in erster Linie Gelegenheit geboten, in energischer Weise gegen die ungeheure politische Bevormundung der Arbeiter schärfsten Protest einzulegen. Man hat mit schätzbaren Redensarten zu begründen versucht, der Kongress müsse politisch „neutral“ sein. Nun hat es selbstredend nach außen den Anschein, als hätte die Arbeitererschaft in Preußen an der Wahlrechtsfrage kein Interesse. Doch uns kann diese politische Profitation, das Sichelstumpfgeben in einer so eminent wichtigen politischen Angelegenheit, nur recht sein. Der Kongress wurde mit der üblichen nationalen Begeisterung am Dienstagabend geschlossen.

Die „freien“ Gewerkschaften werden durch die bunt zusammengewürfelten „Organisationsgebilde“ der Nationalen in ihrem Vorwärtsschreiten sicherlich nicht im geringsten beeinträchtigt. Vorwärts trotzdem, uns gehört die Zukunft!

Unternehmergewinne und Arbeiterlöhne.

Es ist eine beliebte Methode der Verteidiger der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, die Segnungen, die der Kapitalismus über die Arbeiter ausstretet, mit vollen Baden zu preisen, um auf diese Weise das Streben des Proletariats nach einer besseren Lebenshaltung als eine Unverschämtheit hinzustellen. Immer von neuem wieder weist man auf die Steigerung der Arbeitslöhne hin und sucht damit zu beweisen, daß es den Arbeitern von Jahr zu Jahr besser gehe und daß sie keine Veranlassung zu Klagen und zu Lohnkämpfen hätten. Man spricht dann von der Sorge des Unternehmertums für die Verbesserung des Loses der arbeitenden Klasse und von einer Harmonie der Interessen, woraus man dann die Folgerung zieht, daß es seitens der Arbeiter nicht nur eine große Undankbarkeit, sondern auch ein verhängnisvoller Fehler sei, die Unternehmer zu bekämpfen oder gar die Beseitigung des Unternehmertums fordern. Man ruft dem Arbeiter zu, er solle zufrieden sein und sich auf das Wohlwollen seines Arbeitgebers verlassen, dann werde sich seine Lage ganz von selbst verbessern. Zur Unterstützung dieser Auffassung des Verhältnisses zwischen Kapitalisten und Proletariern rechnet man den Arbeitern vor, um wieviel Prozent sein Arbeitslohn allmählich gestiegen sei.

Die Behauptung, daß die Arbeitslöhne (als Geldlöhne betrachtet) in einer allmählichen Steigerung begriffen sind, wird ja auch von den Arbeitern zugegeben, dagegen wird bestritten, daß die Folgerungen, die die kapitalistischen Goldschreiber daraus ziehen, richtig seien. Daß die Löhne seit einigen Jahrzehnten fortwährend steigen, hat seine tiefere wirtschaftliche Ursache in der gesteigerten Produktivkraft der menschlichen Arbeit. Der moderne Arbeiter leistet infolge der verbesserten Technik, der verbesserten Arbeitsmethoden und der gesteigerten Kräfteanspannung doch bedeutend mehr als sein Vorgänger aus der Mitte des 19. Jahrhunderts, und es wäre ein Skandal, wenn er von dieser Produktionssteigerung nichts abbekommen sollte, indem daß das Unternehmertum alles allein in seinen unerfättlichen Taschen verschwinden ließe. Dieser Zustand wäre auch aus dem Grunde unhaltbar, weil der Kapitalismus aus den Krisen nicht herauskommen würde, falls die Steigerung der Produktivkraft nicht von einer Steigerung der Kaufkraft der großen Masse begleitet wäre. Der Kapitalismus beruht auf der Produktion von Waren zum Verkauf, und da er für seine Waren Käufer haben muß, so müssen die Arbeiter mehr Geld in die Hand bekommen, damit der Unternehmer seine Waren los wird. Die höheren Arbeitslöhne kommen also indirekt wieder dem Unternehmer zugute, und man sollte deshalb nicht so viel Aufhebens davon machen, zumal da diese Lohnsteigerungen doch auch ihren Hafen haben. Hier fallen hauptsächlich drei Punkte ins Gewicht.

Zunächst ist den kapitalistischen Goldschreibern, die mit triumphierender Miene auf die Steigerung der Arbeitslöhne hinweisen, die sehr wichtige — leider von ihnen vergessene — Tatsache entgegenzuhalten, daß sich diese Steigerung vollzogen hat und vollzieht unter dem heftigsten Widerstand der Unternehmer. Man nenne uns doch nur einen einzigen Unternehmer, der aus freien Stücken die Löhne seiner Arbeiter erhöht, und wir werden diesem weisen haben tausend seiner Kollegen entgegenstellen, die sich mit Händen und Füßen gegen eine Lohnerhöhung sträuben. Selbst wenn die Geschäftslage eine günstige und der Profit im rapiden Steigen begriffen ist, denken die Herren Ausbeuter nicht an ihre Arbeiter, und erst durch langwierige, erbitterte Kämpfe müssen sie gezwungen werden, einen Teil ihres Raubes in Form von Lohnzahlungen herauszugeben. Und da renommieren diese selben Leute mit den Lohnerhöhungen, die sie grimmig bekämpft haben! Diese Unverschämtheit wird höchstens noch übertroffen von der Brählerlei mit der überaus großen Arbeiterfürsorge in Deutschland, von der die Kapitalproben im Grunde genommen gar nichts wissen wollen. Das wäre ja ein verhängnisvoller Irrtum, wollte man aus den höheren Löhnen auf eine Interessenharmonie zwischen Kapitalisten und Arbeitern schließen. Die höheren Löhne sind ein Produkt der siegreich durchgeführten Klassenkämpfe, und die Möglichkeit solcher proletarischer Siege beruht auf der Stärkung und Ausbreitung der modernen Arbeiterorganisationen. Das mögen sich besonders diejenigen Arbeiter merken, die an den Erfolgen der modernen Gewerkschaften teilnehmen, dabei aber des naiven Glaubens sind, daß ihnen die höheren Löhne von selbst in den Schoß fallen.

Sodann muß man die kapitalistischen Lobfänger darauf hinweisen, daß die Lohnsteigerungen der letzten Jahrzehnte von einer Steigerung der Lebensmittelpreise und Wohnungsmieten begleitet werden. Der Geldlohn ist bekanntlich eine verhältnismäßige Größe, und es kommt bei der Beurteilung der Lohnhöhe wesentlich darauf an, was man sich für den Lohn kaufen kann. Die erhebliche Preissteigerung aller Lebensbedürfnisse — wobei wir von der Steigerung der Bedürfnisse eines Kulturmenschen an und für sich ganz absehen — bringt es mit sich, daß ein Arbeiter trotz des erhöhten Lohnes heute weniger Ware kaufen kann als früher, daß also seine Lebenshaltung nicht gestiegen, sondern gesunken ist. Was nicht es dem Arbeiter, wenn sein Lohn um 10 Prozent steigt, während gleichzeitig die Preise seiner Lebensbedürfnisse durchschnittlich um 20 Prozent in die Höhe gegangen sind? Und daß die Warenpreise im Steigen begriffen sind, wird selbst von amtlicher Seite zugegeben. Das Statistische Amt der Stadt Dresden — um nur ein Beispiel herauszugreifen — hat eine Untersuchung über die Lebensmittelpreise angestellt und faßt das Resultat in dem Satz zusammen: „Diese Uebersicht bestätigt für Dresden im einzelnen, was ohnehin bekannt genug ist, daß fast die sämtlichen wichtigeren Volksnahrungsmittel in den letzten Jahren eine zum Teil erhebliche Preissteigerung erfahren haben.“ Das ist natürlich kein Wunder, wenn man die Preistreiber der Unternehmerkartelle und die Wirkungen der Zollpolitik berücksichtigt. Und da wagen es die Goldschreiber des Unternehmertums noch, von einer höheren Lebenshaltung der deutschen Arbeiter zu reden, anstatt der Wahrheit die Ehre zu geben und einzuräumen, daß die deutschen Arbeiter infolge der teuren Zeiten schwerer um ihre Existenz zu ringen haben wie vor Jahren?

Drittens dürfte es auch nicht unangebracht sein, einmal darauf aufmerksam zu machen, daß die Unternehmergewinne noch viel rapider gestiegen sind, als die Arbeiterlöhne. Die preussischen Aktiengesellschaften haben in einem Jahre über 800 Millionen Mark Reingewinn erzielt, und die Dividende ist auf ungefähr 12 Prozent im Durchschnitt gestiegen. Aber hierin drückt sich noch lange nicht der Profit aus, den das Kapital aus den Arbeitern herauspumpt, denn der Bruttogewinn ist bedeutend höher. Alles, was als Zinsen und Abschreibungen, als Unkosten und Abnutzung des Inventars, als Steuern und sonstige Abgaben in der Bilanz erscheint, ist ja Mehrwert, den die menschliche Arbeitskraft erzeugt hat; auch gehören hierzu die Rückstellungen von Ueberschüssen für spätere Jahre. Alles in allem genommen geht man wohl nicht fehl, wenn man behauptet, daß das Einkommen der Kapitalisten in weit höherem Maße gestiegen ist, als das Einkommen der Arbeiter. Und dabei darf man nicht vergessen, daß das Einkommen des Arbeiters auf seiner eignen Arbeit beruht, während das Einkommen des Kapitalisten aus den Knochen der Arbeiter herausgeschunden wird. Diesen wichtigen Unterschied muß man den Lobrednern des Kapitalismus immer wieder unter die Nase reiben, wenn sie mit den gesteigerten Löhnen der Arbeiter herumrenommieren. Eigentlich sollte es ihnen ihr eignes Schamgefühl verbieten, in prahlerischen Worten von der gehobenen Lebenslage der Proletarier zu reden, die häufig vor Hunger nicht in den Schlaf kommen können, die Millionengewinne der menschlichen Drohnen aber mit dem Mantel der Verschwiegenheit zuzudecken.

Scharfmacher-Allüren.

Der Arbeitgeberverband für München und Umgebung hat unlängst 87 Mitglieder des Bauhilfsarbeiterverbands wegen ihres angeblich tarifwidrigen Verhaltens auf eine schwarze Liste gesetzt und die Arbeitgeber und die Polizei aufgefordert, diese Arbeiter nicht zu beschäftigen und falls sie einen der Geächteten dennoch schon in Arbeit haben sollten, ihn sofort wieder zu entlassen. In dem zwischen den Bauorganisationen und dem Arbeitgeberverband abgeschlossenen Tarifvertrag, der am 31. März nächsten Jahres abläuft, ist eine Schlichtungskommission vorgesehen, der in erster Linie alle Streitigkeiten aus dem Tarifvertrage zu unterbreiten sind; gelingt eine Einigung nicht, so soll innerhalb acht Tagen das Einigungsamt des Gewerbegerichts angerufen werden. Des weiteren heißt es in dem Vertrag, daß, so lange die Schlichtungskommission mit einer Differenz befaßt und so lange eine Entscheidung des Einigungsamts nicht gefällt ist, dürfen Maßregelungen beiderseits nicht unternommen werden. — Die Herren Scharfmacher scheinen in dem Wahne zu leben, daß diese Bestimmung nur für die Arbeiter, nicht aber für die Unternehmer geschaffen ist.

In dem Vorgehen des Arbeitgeberverbands erblickte die

Bauhilfsarbeiterorganisation eine Verletzung des Tarifvertrags und rief die im Tarifvertrag vorgesehene Schlichtungskommission an. Der Vorsitzende dieser Kommission beräumte geschäftsordnungsgemäß eine Sitzung an, der Arbeitgeberverband lehnte es jedoch ab zu erscheinen mit der Begründung, daß die Schlichtungskommission — nicht zuständig sei. Hierauf rief die Bauhilfsarbeiterorganisation das Einigungsamt des Gewerbegerichts München an. Zu dieser Verhandlung erschien zwar der Sekretär des Arbeitgeberverbands, Jellnermaier, und erklärte im Scharfmacherjargon: „Dadurch, daß ich erschienen bin, habe ich dem Gesetz Genüge geleistet. Ich erkläre aber, daß sich der Arbeitgeberverband in keinerlei Verhandlung einläßt. Ich empfehle mich!“ — Sprach's und verschwand von der Bildfläche! Die Sitzung mußte also resultatlos aufgehoben werden.

Die Schleifstreichler nehmen den Mund bei jeder Gelegenheit immer recht voll von der Störung des gewerblichen Friedens durch die Arbeiterorganisationen. Sie aber setzen sich über den fundamentalen Grundsatz von Treu und Glauben hinweg und mißachten resp. brechen die von ihnen selbst entworfenen Vertragsbestimmungen. Und das nennt die Scharfmachersippe „Tarifvereinbarung“.

Ein Mahnwort.

Es ist immer unser eifrigstes Bestreben gewesen, die Einigkeit innerhalb unserer Berufsangehörigen soviel wie möglich zu fördern, alles, was dazu angetan ist, derselben Hindernisse zu bereiten, auszuschießen. Es schließt aber in sich, daß dieses Solidaritätsgefühl vor allem dort zum Ausdruck kommt, wenn einer unserer Berufskollegen das Zeitliche segnet, durch die Berufsstrankheit aufgegeben, den Kampf um eine wirtschaftlich-bessergestaltung unserer Lebenslage aufzugeben gezwungen wird. Klassenbewußtsein war es, was uns veranlaßte, demjenigen, der der Berufsstrankheit erlag, ein ehrenvolles Geleit beim letzten Gang zu geben. Nun ist es aber selbstverständlich, daß jeder der Ort darauf Bedacht nahm, seine Taten in anständiger Weise zu beedigen, und zu diesem Zweck, wie wir es zum Beispiel in Pirna geregelt haben, eine bestimmte Anzahl von Kollegen beantragte, als Deputation bei jedem verstorbenen Kollegen dieser Verpflichtung nachzukommen. Diefelbe Einrichtung besteht ebenfalls in Dresden, Pösta, Neundorf, und zwar mit der Bestimmung, daß der Ort, in welchem der Verstorbene zuletzt gearbeitet hat und seine Beiträge entrichtete, verpflichtet ist, demselben das letzte Geleit zu geben, ihn zur letzten Ruhestätte zu tragen, um auch den Hinterbliebenen pekuniäre Opfer zu ersparen.

Nun hat aber die Zahlstelle Dresden in letzter Zeit bezüglich dieser Verpflichtung eine Stellung eingenommen, welche man nicht als einwandfrei bezeichnen kann, ja, welche sogar zu einer scharfen Kritik herausfordert. Dieses Mißverhältnis zum Ausdruck zu bringen, macht Dresden z. B. abhängig von der Länge der Zeit, die ein Kollege in der Zahlstelle gearbeitet hat und ob derselbe in Dresden wohnt. So hat die Verwaltung von Dresden es schon mehrmals nicht für nötig befunden, demjenigen Kollegen die letzte Ehre zu erweisen, welche zwar vor ihrem Tode in Dresden gearbeitet, jedoch in Pirna verstorben sind, und zwar mit der Begründung im letzteren Falle, weil der Verstorbene nur 19 Wochen in Dresden geschäftlich hatte, auch gehört Pirna nicht zum Verwaltungsbezirk Dresden. — Es werden also Grenzen gezogen für eine moralische Verpflichtung. Dieses Verhalten muß entschieden verurteilt werden. Wo hin sollte es führen, wenn jeder Ort derartige Entschiede treffen würde, und zu welchen Differenzen unter den in diesen Orten beschäftigten Kollegen wird es noch kommen, wenn Dresden diesen Standpunkt beibehält. Freundschaftliche Gefühle werden dadurch nicht ausgelöst, im Gegenteil, nur Erbitterung wird erzeugt, und diese liegt nicht im Interesse unserer selbst.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Unsre Verbandskollegen weisen wir darauf hin, daß das **Schriftenverzeichnis der Buchhandlung Vorwärts** in Berlin, SW. 68, soeben neu erschienen ist. Dasselbe wird auf Wunsch an jedermann gratis und franko versandt; auch den Zahlstellen unseres Verbands ist je ein Exemplar zugegangen.

Zu dem 160 Seiten starken Büchlein sind alle die Wissensgebiete vertreten, aus denen der Arbeiter Aufklärung, Belehrung und Unterhaltung schöpft. Nach Materien geordnet, mit einem ausführlichen Autoren-, Titel- und Sachregister versehen, welches eine schnelle Uebersicht ermöglicht, ist das Büchlein bei Einrichtungen von Bibliotheken und Bücherergänzungen unentbehrlich. Wir raten daher den Kollegen allerorts, recht regen Gebrauch von dem Büchlein zu machen.

Korrespondenzen

Beucha. Wenn man sich das alltägliche Leben und Treiben in dem Beuchaer Buchdistrikt ansieht, so wird man, den Beuchaer Vertrieben angemessen, sagen, dort scheint eine gutdisziplinierte Arbeiterschaft zu sein. Betrachtet man sich aber einmal die Sache genauer, so wird man eines andern belehrt werden. Die große Masse unsrer Verbandsmitglieder denkt, mit der Beitragspflicht sind auch zugleich alle andern Pflichten dem Verbands gegenüber erfüllt und so kommt es denn, daß gerade die Zahlstelle Beucha noch in keinem Jahre eine Statistik zuwege brachte. Es wird nun die Frage aufstehen, woran liegt dieses? Liegt es an der örtlichen Verwaltung, hat diese nicht ihre Pflicht und Schuldigkeit getan? Der Fernstehende wird unbedingt dort den Fehler suchen. Jedoch ist im verflochtenen Jahre nie eine Monatsversammlung vorübergegangen, ohne daß nicht von seiten des Vorstands die Anforderung ergangen wäre, daß jeder Kollege die Ausfüllung seiner Statistik als seine erste Pflicht anzusehen hat. Der Erfolg dieser Tätigkeit ist folgender: Von 230 Mitgliedern haben einige 50 ihre Statistik ausgefüllt abgegeben. Unsre am Sonnabend, den 12. Oktober, abgehaltene äußerst starkbesuchte Steinarbeiterversammlung, welche in unserem eignen Heim (Kasino) tagte, beschäftigte sich — da der Kollege Staudinger, welcher das Referat übernommen hatte, aber zum Bedauern aller nicht erschienen war — eingehend mit der oben angeführten Misere. Als Grund für die Nichtabgabe der Statistik geben natürlich die Kollegen an, daß es nicht nötig sei, daß jeder wisse, was sie verdienen; es ist ihnen aber plausibel gemacht worden, daß derjenige, welcher seine Statistik nicht ausfüllt, im Erkrankungsfall keinen Anspruch auf Krankenunterstützung habe. Den Klassenbericht gab der Kassierer Kollege Lindner, welchem auf Antrag der Revisoren einstimmig Entlastung erteilt wurde. Die Bücher sind musterhaft geführt. Eine lebhafteste Debatte entspann sich bei dem Punkt Verbandsangelegenheiten. Der Vorsitzende Schlegel schilberte der Versammlung eingehend die letzten Vorarbeiten im Preisvertrieb am Kohlenberge und forderte die Kollegen auf, als Antwort auf die Entlastung von Spranger — welcher darauf verzichtet, daß weitere Maßnahmen seitens der Verbandskollegen ergriffen werden — die Agitation unter den Herrn Freiher hierher gebracht österreichischen Steinarbeitern schärfer als wie bisher zu betreiben. Wir werden nur dann in der Lage sein, die Pläne, welche sich Herr Preißer zu-

recht gemacht hat, zu durchkreuzen, wenn wir die herangeholten Leute zu uns heranziehen und sie organisieren. Ein sehr netter Herr scheint auch der zweite Bruchmeister am Kohlenberge, ein Herr Baumann aus Selb, zu sein, welcher das Amt eines Bruchmeisters in der Weise ausüben sucht, indem er die Leute untereinander uneinig zu machen versteht. Als letzter Punkt wurden Tarifangelegenheiten besprochen. Nach reger Debatte wurde eine Kommission, bestehend aus Vertretern sämtlicher Betriebe, gewählt, welche die bestehenden Verhältnisse prüfen und das Material der in kurzer Zeit in Funktion tretenden Tarifkommission überweisen soll. Nachdem Kollege Schlegel noch einige Mitteilungen gemacht und die Verhandlungsgegenstände aufgeführt hatte, die Mitgliederversammlung des Kasinobereins zu erwerben, war Schluß der starkbesuchten Versammlung.

Bonn. Eine gut besuchte Versammlung fand am 13. Oktober im Gewerkschaftsraum statt, wozu Kollege Dunkel aus Köln als Referent erschienen war. Kollege Dunkel hat es verstanden, alles mit klaren, sachlichen Worten so zu erläutern, daß ihm dies den Dank sämtlicher anwesenden Kollegen eintrug. An der danach stattfindenden Diskussion über dieses Referat beteiligten sich die Kollegen sehr lebhaft. Anschließend erfolgte der Bericht über die Kassenrevision und Abrechnung. Es wurde alles in bester Ordnung befunden und dem Kassierer Entlastung erteilt. Zum Schluß der Versammlung wurden noch einige neue Mitglieder aufgenommen.

Chemnitz. Die am 8. Oktober in der Reichsstraße, Hagstraße, tagende Versammlung war gut besucht; anwesend waren 100 Kollegen. Zum 1. Punkt: Jahresbericht des Vorstandes, ergriff Kollege Wunderlich das Wort, um einen Ueberblick über das verfloßene Geschäftsjahr zu geben. Es fanden im ganzen 14 Versammlungen statt; die meisten derselben befaßten sich mit der stattgefundenen Lohnbewegung, die auch zu unsern Gunsten ausgefallen ist, da wir vom 15. Juli an einen Zuschlag von 10 Prozent auf den Gesamttarif erhielten. Ferner fanden 10 Tarifkämpfe statt. Das Schiedsgericht wurde zweimal angerufen, es entschied nur einmal zu unsern Gunsten, es betraf die Werkplätze der Herren Bösch und Weber. Auch war eine starke Korrespondenz zu erledigen. Für die ausgesperrten Tabakarbeiter wurden seinerzeit 20 Mk. bewilligt, auch wurden einem Kollegen, welcher schon ein Jahr an der Berufskrankheit darnieder liegt, 30 Mk. bewilligt. Gestorben sind zwei Kollegen (Kollege Georgi, 30 Jahre, Magenleiden, und Kollege Franz Höfel, 38 Jahre, Schlaganfall). Zur Gewerkschaftswahl Chemnitz-Vand waren 10 Mk. bewilligt worden. Das stattgefunden Sommerfest, welches sehr gut verlief, ergab ein Defizit von 3.85 Mk., dieses wurde aus der örtlichen Kasse gedeckt. Der Vortrag des hiesigen Gewerkschaftssekretärs, Genossen Held, über Taktik, Aussperrung der Unternehmer betreffend, wurde mit stürmischen Beifall aufgenommen. Im verfloßenen Jahre haben im Durchschnitt 160 Kollegen am Orte gearbeitet. Zum 2. Punkt, Jahresabrechnung, legte der Kassierer Kollege Sauer die Abrechnung vom 3. Quartal vor. Die Gesamteinnahme ergab rund 4357 Mk. In der örtlichen Kasse verbleibt ein Bestand von 1003.20 Mk., wovon noch das Guthaben vom Volkshaus in Abrechnung kommt. An Maßregelungsunterstützung wurden 6 Mk. für einen Kollegen bezahlt, 9 Kollegen erhielten die eingeführte Krankenunterstützung, für den Statistiker wurden 20 Mk. ausgegeben. Dem Vorstand und Kassierer wurde Decharge erteilt, die vorzügliche Geschäftsführung wurde anerkannt. Die Abfindungssummen für Vorstand, Kassierer, Schriftführer und Revisoren waren in Anbetracht der übergroßen Arbeit recht knapp bemessen, es erhielten der Vertrauensmann 86 Mk., der Kassierer 96 Mk. und 1/2 Prozent Manko für verkaufte Marken, die übrigen Vorstandsmitglieder erhielten für ihre Arbeit 3 Mk. Die Neuwahlen des Vorstandes gingen glatt von statten. Gewählt wurden Kollege Wunderlich als Vertrauensmann, Bruno Reichold als Kassierer (da Kollege Sauer bedauerlicherweise nicht wieder annahm), Richard Maher als Schriftführer, Otto Jugelt und August Sauer als Revisoren, Horn als Statistiker. Beim Punkt Gewerkschaftliches wünschten einige Kollegen, daß im nächsten Jahre mehr Rechnungen stattfinden möchten, was auch gutgeheißen wurde. Da über verschiedene Punkte im Tarif Streitigkeiten entstanden sind, so hat der Vorsitzende der Tarifkommission dem Herrn Obermeister Weber mitgeteilt, daß doch eine gemeinschaftliche Sitzung stattfinden möchte, um über einige wichtige Punkte zu verhandeln; es ist aber bis jetzt keine Antwort erfolgt. Der Vertrauensmann gab den anwesenden Kollegen anheim, die Versammlung immer so zahlreich zu besuchen, wie die heutige.

Verdingen. Am 19. Oktober fand im Lokal Germania unsere Monatsversammlung statt, in der Kollege Wehnermüller über den Zweck der Organisation referierte. Mit scharfen Worten legte er den Kollegen ans Herz, treu und fest zum Verband zu halten, um allen Angriffen unserer Unternehmer gewappnet entgegenzutreten zu können. Leider müssen wir konstatieren, daß nur ein Drittel der Kollegen anwesend war. Es scheint, daß ein großer Teil der Kollegen der Meinung ist, daß sie schon soweit befreit sind und die Versammlungen nicht mehr zu besuchen brauchen; wenn die Beiträge bezahlt sind, dann allen Anforderungen des Verbands Genüge geleistet ist. Kollegen! Durch den Besuch der Versammlungen wird die Angehörigkeit zum Verband wieder zum Ausdruck gebracht. Es ist die dringende Pflicht eines jeden Kollegen, in den Versammlungen zu erscheinen, denn in der Versammlung sollen alle Mißstände besprochen werden. Leider gibt es in der Zahlstelle noch Kollegen, welche sich höher schätzen, als zur Arbeiterklasse zugehörig, und doch treibt sie die bittere Not zur mühsamen Arbeit. Darum, Kollegen, bleibt treu dem Verband, denn nur durch Einigkeit können wir unsre schlechten Lohn- und Arbeitsbedingungen verbessern.

Dürrensdorf (Schlesien). Am 12. Oktober fanden zwei Steinarbeiterversammlungen in Nothwasser und Strachwitzthal (öster. Schlesien) statt. Diese Versammlungen galten hauptsächlich für die Kollegen, die auf preussischem Gebiet beschäftigt sind. Infolge Lokalmangels sind wir gezwungen, nach dem nahen Oesterreich zu gehen. Der Besuch war ein äußerst guter und in der Mehrzahl waren österreichische Kollegen anwesend. Kollege Lohse-Strigun referierte über die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses. Eine Zahlstelle mit dem Sitz in Dürrensdorf wurde gegründet und es trat sofort 17 Kollegen bei. Auch der österreichische Verband gewann eine Anzahl Kollegen. Nach einem kräftigen Schlußwort des Kollegen Lohse wies der österreichische Bezirkssekretär Kollege Bichner auf den gegenwärtigen Kampf der Nordwestbahn-Bediensteten hin und forderte auf, jene Genossen sich zum Muster zu nehmen. Durch diese Neugründung sind wir in Schlesien wieder ein Stück vorwärts und es gilt, dem letzten Granitarbeiter obigen Gebiets Massenbewußtsein beizubringen.

Robersheim. Eines sehr starken Besuchs erfreute sich unsere Versammlung am 19. Okt. Staudinger sprach über das Thema: Die kulturelle Bedeutung der Gewerkschaften. Er sagte: Innerhalb 40 Jahren hat sich in der deutschen Arbeiterklasse eine förmliche Wandlung vollzogen. Damals war von einer gewerkschaftlichen und politischen Schulung noch gar keine Rede, heute dagegen haben wir mit unsern Ideen schon eine ungeheure Verbreitung gefunden. Pfarrer Naumann sagte erst kürzlich, würde die Sozialdemokratie nicht existieren, von einer politischen Reife bei den deutschen Arbeitern könnte noch gar keine Rede sein. Wenn unsere Kollegen und Genossen über die soziale und politische Struktur gewisse Informationen besitzen, so ist das der unermüdbaren Aufklärungsarbeit zu danken. Redner streifte die Unternehmerrichtungen und Tarifverhältnisse bei den deutschen Gewerkschaften. Nur durch eigene Kraft, nach

harten Kämpfen konnte alles dieses erreicht werden. Die erregungenen Arbeitszeitverkürzungen, die Lohnhöhungen, ferner die geistige und sittliche höhere Stellung der Arbeiter im allgemeinen, das sind kulturelle Fortschritte, die in keiner Zeitepoche seinesgleichen finden. Die Arbeiter haben erkannt, nicht mehr ziellos sich einzelnen Volksbetrügnern zur Verfügung zu stellen, um diesen ihre Macht und ihren Einfluß zu stärken. Der Geist der Aufklärung fand nicht nur in Deutschland, sondern in allen Kulturländern aufnahmefähige Gehirne vor. Der beste Beweis war das internationale Arbeiterparlament in Stuttgart. Die Arbeiter mit ihren machtvollen Organisationen brüden heute vielfach dem politischen Leben einen ganz eigenartigen Stempel auf. Der Referent schließt mit den Worten Vassalles: „Der Gedanke, für eure Organisation zu wirken und zu werben, er erhebe sich mit euch des Morgens von eurer Lagerstatt. Er verlaßt euch nicht des Tages über bei eurer schweren Arbeitsleistung. Dieser Gedanke sei mit euch, wenn ihr im trauten Freundeskreis beisammen seid. Ueberall, wo es nur irgend sei, wirkt und werbet für eure Organisation.“ Kollege Noad dankte dem Referenten für seinen äußerst wirksam gehaltenen Vortrag; die wiederholten lebhaften Beifallsbekundungen zeigten, wie der Referent das richtige getroffen hatte. Noad gab noch eine interessante Darstellung über den günstigen Stand der Zahlstelle. Dringendst bat er, die Distriktsversammlung am 3. November massenhaft zu besuchen. Nach Schluß der impopnant verlaufenen Versammlung stimmten die Anwesenden das Lied an: Die Arbeit hoch! Die Kollegen gingen mit der inneren Befriedigung auseinander, daß es im hiesigen Bezirk mit dem Verbande sehr schön vorwärts geht.

Königsbutter. Am 25. September wurde von den freitenden Steinarbeitern an die drei Unternehmer, zu Händen des Steinbruchbesizers Herrn Heineke, ein auf das mindeste reduzierter Tarif abgehandelt. Da der betreffende Unternehmer das Schreiben aber selbst nicht beachtet hat, daselbe auch an die andern Unternehmer nicht weitergegeben, so wurde ein gleichlautendes Schreiben an die beiden in Unkenntnis gebliebenen Unternehmer gerichtet und um eine mündliche Unterhandlung ersucht. Die Antwort war eine kurze Zurückweisung jeglicher Unterhandlung sowie bedingungslose Aufnahme der Arbeit nach den von den Unternehmern vorgeschriebenen Bedingungen, die in einzelnen Positionen Verschlechterungen aufwiesen, ohne verbindende Unterschrift der Unternehmer. Es wurde darauf in der am 16. Oktober stattgefundenen Versammlung in geheimer Abstimmung einstimmig beschlossen, daß kein Steinarbeiter zu den verschlechterten Bedingungen der Unternehmer die Arbeit aufnimmt. Die Kollegen sind nach wie vor zu Unterhandlungen bereit. Dieser Beschluß wurde den Unternehmern mitgeteilt.

Marburg a. d. Lahn. Die am 13. Oktober hier stattgefundenen Versammlung war von den Marburger und Oershausenener Kollegen gut besucht. Leider fehlten die Kollegen von den Steinbrüchen von Niederweimar, Rüdgen usw., trotzdem sie persönlich eingeladen worden waren. Gauleiter Herrmann-Köln hielt ein Referat: Warum organisieren sich die Steinarbeiter? Er gab den Kollegen ein anschauliches Bild, welche großen Aufgaben und Ziele sich der Deutsche Steinarbeiterverband gestellt habe. An treffenden Beispielen zeigte er, welche großen wirtschaftlichen Kämpfe um die Eringung einer Besserstellung der Existenz der Kollegen geführt werden müssen. Eingehend besprach er die momentane Lage der Marburger Steinarbeiter. Die Arbeitslosigkeit ist eine große, ebenso auch in den Steinbrüchen. Vor zwei Jahren wurde mit den Meistern eine Vereinbarung getroffen, wonach die Stundenlöhne auf 42 und 45 Pfg. festgesetzt wurden. Im Frühjahr dieses Jahres wurde der Lohn um 2 Pfg. erhöht. Die momentane Geschäftslage haben nun die Meister benützt, um den Lohn pro Stunde um 3 Pfg. zu kürzen. Leider sei eine Aktion dagegen momentan erfolglos, aber zu gegebener Zeit werde den Meistern begreiflich gemacht, daß der Steinarbeiterverband es versteht, den berechtigten Forderungen der Kollegen Achtung und Nachdruck zu verschaffen. Um das Ziel zu erreichen, sei aber auch notwendig, daß alle Kollegen sich freudig in den Dienst der Agitation stellen, um auch die Kollegen in den Bruchdistrikten für den Verband zu gewinnen. (Lebhafter Beifall.) In der Diskussion sprachen sich alle Redner im Sinne des Referenten aus; sie versprachen, kräftig in die Agitation unter den uns noch fernstehenden Kollegen einzutreten, und hoffen, daß der Gauleiter bald wieder erscheint. Kollege Kraft gab den Kassenbericht vom 3. Quartal. Bücher und Kasse waren in Ordnung. Die Revisoren und Kollege Herrmann bestätigten dies. Im Schlußwort ermahnte der Vorsitzende die Kollegen, das Gehörte zu beherzigen, und rastlos am Ausbau der Zahlstelle mitzuarbeiten. Von der Versammlung wurde noch der Wunsch ausgesprochen, die wandernden Kollegen möchten in Marburg nur ihre Reiseunterstützung holen, aber die Werkplätze meiden, bis wieder bessere Verhältnisse eingetreten sind.

Rüthen. Am 12. Oktober fand hier eine öffentliche Steinarbeiterversammlung statt, zu welcher unser Gauleiter Herrmann erschienen war und uns ein interessantes Referat hielt. Die Kasse und die Bücher wurden für richtig befunden. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Die Mißstände auf den Plätzen wurden einer scharfen Kritik unterzogen. Es wurde hervorgehoben, daß der Herr Gewerbeinspektor hier gewesen wäre, aber sich nur an den Polier gemahnt hätte und die Kollegen kaum erfahren hätten, daß er ein Gewerbeinspektor war. Auch teilte Herrmann mit, daß die Firma Bergerthal den Tarif, nach welchem es 60 Pfg. Stundenlohn gab, gekündigt hätte. Auf diesem Plage wird in wilhem Afford gearbeitet.

Ströbel. Am Sonntag, den 13. Oktober, fand in Ströbel eine öffentliche Steinarbeiterversammlung im Lokale des Herrn Götter statt, in welcher das Mitglied der Gauleitung, Kollege Müller referierte. Kollege Heller gab die Abrechnung der Versammlung bekannt, welche die Revisoren bestätigten. Dann referierte Kollege Müller und führte den Anwesenden vor Augen, wie die Kämpfe früher und jetzt geführt wurden. Zur Diskussion meldeten sich einige Kollegen, welche betonten, daß die Agitation hier nicht so leicht zu betreiben sei, da in einigen Brüchen und Schuppen Plakate ausgehängt seien, die besagen, daß die Organisierten die andern nicht belästigen sollen. Aber trotz alledem hält sich unser Verband hier sehr stabil. Der Kampf im bergangenen Sommer hat die Kollegen alle gefählig in dem Bewußtsein, alles für die Organisation zu tun. Niemals dürfen wir den Lockungen der Unternehmer folgen. Auch die Frauen — und das ist sehr wesentlich — fordern ihre Männer immer wieder auf, den letzten Mann dem Verbanne zuzuführen. Und so muß es sein. Wir arbeiten in Zukunft so weiter; es wird zum Besten der hiesigen Arbeiter sein. Unter Verschiedenes war die Wahl der Revisoren vorzunehmen. Es wurden gewählt die Kollegen Joseph Thomas und Joseph Richter für den Verband und Robert Madner und Oswald Wähle für die Unterstützungs-kassier. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Kollegen auf, die Worte des Referenten zu beherzigen. Mit einem dreimaligen Hoch auf den Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands schloß der Vorsitzende die impopante Versammlung.

Wehr a. d. Lahn. Am 12. Oktober tagte unsere Monatsversammlung, in der Gauleiter Herrmann-Köln ein Referat über Gewerkschaften und Unternehmerverbände hielt. Der reiche Beifall, der dem Referenten am Schluß seines glänzenden Referats gezollt wurde, bewies, daß die anwesenden Kollegen seine Ausführungen verstanden hatten. Im 2. Punkt wurde der Kassenbericht erstattet. Die Einnahme betrug 519 Mk., die Ausgabe 278.85 Mk. Gauleiter Herrmann erklärte, daß die Kassenbücher in bester Ordnung seien.

Würgsburg. Am Sonntag, den 13. Oktober, tagte im Gasthaus zum Ochsen unsere monatliche Mitgliederversammlung, welche, wie gewöhnlich, äußerst lebhaft besucht war. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde vom Vorsitzenden sowie von mehreren Kollegen die Interesselosigkeit der Kollegen am Versammlungsbesuch einer derben Kritik unterzogen und beschloffen, die Ortsverwaltung möchte Mittel und Wege schaffen, einen besseren Besuch der Versammlungen herbeizuführen. Zum 1. Punkt der Tagesordnung erläuterte der Vorsitzende die am 17. November dieses Jahres stattfindende Gewerkschaftswahl, wobei er hauptsächlich darauf hinwies, daß jeder wählen dürfe, der das 25. Lebensjahr überschritten hat, am hiesigen Orte wohnt oder arbeitet und im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte ist. Er ersucht die Kollegen, mit tätig zu sein an der Agitation, damit es gelingt, die Wiederwahl der sechs Beisitzer vom christlichen Lager, welche bei der letzten Gewerkschaftswahl durch das Proportionalwahlsystem gewählt wurden, zu vereiteln und die ganze Liste der freien Gewerkschaften durchzubringen, da auch ein Kollege aus unserm Reiche als Beisitzer vorgeschlagen ist. Im 2. Punkt gibt Kollege Göpfert den Kartellbericht bekannt. Unter andern hob er besonders hervor, daß in einer der letzten Kartellsitzungen beantragt wurde, die Gewerkschaftsbibliothek zu verbessern und zu vergrößern durch Anschaffung neuer Werke, was aber an dem mangelnden Weiblich der Delegierten von den drei stärksten Gewerkschaften am hiesigen Orte scheiterte und zu einer lebhaften Debatte führte. Der Delegierte wurde beauftragt, die Anträge zu wiederholen und bei einer der nächsten Sitzungen zu vertreten. Des weiteren hob er hervor, daß sich die Kollegen endlich einmal der Partei und dem Konsumverein anschließen möchten, denn nur durch diese und die Gewerkschaft sei es möglich, die wirtschaftliche Lage der Arbeiter zu verbessern. Mit einem kräftigen Appell an die Kollegen, das Angeführte zu beherzigen und zugleich Abnomment der Arbeiterpresse zu werden, schloß der Delegierte seinen Bericht. Im Verschiedenen führte der Vorsitzende aus, daß die kommenden Sonntage in den Ortschaften, die der hiesigen Zahlstelle angehören, Versammlungen stattfinden, zu welchen von seiten der Kollegen eine kräftige Agitation entfaltet werden muß, um diejenigen, welche nach dem Streit abtrünnig geworden sind, dem Verbande wieder als Mitglieder zuzuführen, sowie auch diejenigen, die beim vorjährigen Streit als Arbeitswillige tätig waren. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten ihre Erledigung fanden, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem Mahnruf an die Kollegen, für besseren Versammlungsbesuch Sorge zu tragen. Die nächste Versammlung findet am 10. November d. J. im Gasthaus zum Ochsen statt.

Rundschau.

Dem Steinarbeiterverband sind folgende Unternehmer beigetreten:

- Grün u. Bilfinger, A.-G. in Olsbrücken (Pfalz);
- O. Sasse, Marmorwerk in Berlin-Steglitz, Schildhornstraße 20;
- P. Daniel, Steinarbeiter in Berlin-Mariendorf, Felsstraße;
- Räfer u. Rieger, Sandsteinwerke in Maulbronn (Wittbg.);
- L. Seeburger, Sandsteinwerke in Maulbronn (Wittbg.);
- J. Lachnauer, Sandsteinwerke in Rürnbach;
- Rheinische Marmor-, Granit- und Gesteinindustrie, Gatzheim, Sagen u. Jacobi jun. in Düsseldorf-Math;
- G. Jörissen, Marmorwerke in Oberlahnstein;
- J. J. Kösch, Marmorwerk in Rürnbach;
- J. Aherle, Marmorwerk in Rürnbach;
- Stamm u. Wolff, Marmorwerk in Rürnbach;
- Gebr. Rüsthardt in Silbesheim;
- J. Renner (Pfl. Holzmann u. Co.) in Berlin, Meißstr. 17.

Hoffentlich ziehen unsere Kollegen daraus die dementsprechenden Schlüsse.

Herr Oswald feucht. Den nationalen Reklametongerech haben wir im Leitartikel eingehendst behandelt. Auf dieser Tagung war auch der „große“ Parlamentarier Oswald, der Vorsitzende des Hilfsarbeiterverbandes, anwesend. Am Sonntag sprach er in einer Volksversammlung. Seinen Ausführungen entnehmen wir folgendes:

„Auf sozialdemokratischer Seite magt man jahraus, jahrein über den Terrorismus der Arbeitgeber. Wir rufen heute den Genossen zu: Gebt ein gutes Beispiel, gebt uns Freiheit, übt nicht Ihr zuerst, die Ihr doch unsere Brüder seid, an unser Ueberzeugung den schmutzigsten Terrorismus! Man sprach auf jener Seite mit der großen Mitgliederzahl. Wir rufen: Gebt uns heraus, die zu uns gehören, die unfreiwillig bei Euch sind, deren Freiheit durch Euren grenzenlosen Terrorismus geraubt wird. Dann werden wir sehen, welche Mitgliederzahl sie haben.“

Diesen Wölschum zu widerlegen, halten wir unter unsrer Würde. Es zeigt, wie unbedeutend am Zahl die Truppen der Christlichen sind, wenn solche Stoßtrupps ausgehoben werden.

„Die christlichen Gewerkschaften wollen wirtschaftliche Zwecke verfolgen, verfolgen sie auch und haben sich nie durch andre Nebenaufgaben beirren lassen“, so sprach Herr Giesberts in der Reichstagsitzung am 26. November 1906. Daß es sich in diesen Ausführungen nicht um eine zutreffende Darstellung der tatsächlichen Verhältnisse handelte, wußte jeder, der das Gewerkschaftsleben einigermaßen kennt. Jetzt versendet der Verlag Das Reich einen Prospekt an die Vorsitzenden der christlichen Zentralvereine und fügt nachstehendes Anschreiben bei:

Berlin, den 3. Oktober 1907.

SW. 11, Königgräber Straße 40.

Sehr geehrter Herr!

Wir fragen hierdurch ergebenst an, ob Sie geneigt sind, mitfolgenden Prospekt Ihrem Sachorgan beizulegen, und zwar möglichst ohne Kosten für uns. Soll das Reich das führende Tageblatt der christlichen Gewerkschaften sein, so muß es in alle evangelischen Kreise des Volkes dringen, und dazu erbitten wir die tatkräftige Förderung der Herren Vorsitzenden der deutschen Zentralvereine.

Wir sind bereit, für jeden Abnomment aus Ihrem Verbanne und gegen Rückgabe der Abnommentsquittung 25 Pfg. monatlich zu vergüten, die Sie entweder im Interesse Ihres Verbannebes, oder, wie es Ihnen sonst gut dünkt, verwenden können.

Ihren werten Nachrichten entgegengehend, zeichnen wir Hochachtungsvoll
Verlag Das Reich, G. m. b. H.
J. W.: Mertinat.

In dem uns vorliegenden Prospekt wird dann ausgeführt: „Die pünktliche Beitragszahlung allein tut's nicht, sondern jeder Bemüungsgenosse hat vor allen Dingen auch die Pflicht, für die christliche Gewerkschaftsbewegung, die sich auch in evangelischen Kreisen immer mehr Bahn bricht, zu arbeiten. Dazu ist in erster Reihe erforderlich, daß jedes Mitglied diejenigen Blätter liest und empfiehlt, in denen es seine Anschauungen vertreten sieht. . . Die christlich-nationalen Arbeiter sollten es sich doch stets vor Augen halten, daß nur diejenige Presse eine Macht im öffentlichen Leben bedeutet, welche das Sprachrohr von Hunderttausenden von Lesern ist. . . Das Reich ist eine Tageszeitung großer Stils.“

Wir wollen hinzufügen: Das Reich ist das Organ einer politischen Partei, der sogenannten christlich-sozialen Partei, die darauf abzielt, die selbständige Arbeiterbewegung zu vernichten und das schlimmste Ausbentertum, die östlichen Jucker, zu konfervieren.

Judas verkaufte seinen Herrn bekanntlich für dreißig Silberlinge. Den Vorsitzenden der christlichen Zentralvereine wird zugemutet, sie sollen ihre Mitglieder für 25 Pf. an die osterlichen Junier verschachern. Die Macher scheinen ihre Pappenhäuser zu kennen. Und da waagt Herr Geiberts im Reichstage zu behaupten, die christlichen Gewerkschaften verfolgten nur wirtschaftliche Zwecke!

asc. Alkohol und Lebensdauer. Die englische Versicherungsgesellschaft The United Kingdom Temperance and General Provident Institution, die aber auch Nichttemperenler aufnimmt, hat seit 60 Jahren eine Statistik geführt, die zur Erkennung des Alkoholeinflusses auf die Lebensdauer von großer Bedeutung ist. Auf die 81 776 versicherten Nichtabstinenten kamen bei 466 948 Lebensjahren 8947 Todesfälle, auf die 29 094 Abstinenten bei 908 010 Lebensjahren 6124 Todesfälle. Gäßen die letzteren die gleiche Sterblichkeit gehabt wie die ersteren, so müßte die Zahl der Todesfälle bei ihnen 8192 betragen. Tatsächlich war also die Sterblichkeit der Alkoholisten um 37 Prozent niedriger als die der Nichtabstinenten. Allerdings sind die Ergebnisse solcher Statistiken mit der Einschränkung aufzunehmen, daß die Alkoholisten gewöhnlich sehr willensstarke Menschen sind, die auch im übrigen vernunftgemäß leben und sich keine Extravaganzen leisten.

Der zersprengte „Blod“. Bei der Gewerkegerichtswahl in Halle a. S. am 14. Oktober wurden auf die Liste der freien Gewerkschaften 4524 Stimmen und für die Hirsch-Dundersche Liste ganze 539 Stimmen abgegeben. Die Gewerkevereiner hatten mit den schwarzen, blauen, gelben und grünen Gewerkschaftlern „einen Blod“ gebildet und „ernteten“ damit die Früchte der Blodpolitik — eine klägliche Niederlage.

Die heiligen Väterchen. Die „Genügsamkeit“ und „Uneigennützigkeit“ der „heiligen“ Diener der Kirche ist überall zur Genüge bekannt. Auch Rußland bietet in dieser Beziehung keine Ausnahme. Die „schwarzen“ Kirchenfürsten z. B. beziehen folgende Jahreseinkünfte: Der Petersburger Metropolit — 259 000 Rubel (Gehalt 5000, Tafelgelber 4000, vom Alexander-Neuschloß 250 000); der Moskauer Metropolit — 81 000 (darunter von verschiedenen Klöstern 68 000); der Metropolit von Kiew — 84 000 (darunter vom Kiewer-Peterschona-Kloster 65 000); der Erzbischof von Nowgorod — 308 500, die Erzbischofe von Kasan und Wladimir — je 50 000, die übrigen von 10 000 bis 45 000 Rubel.

Auch als Grundbesitzer tritt die Kirche hervor. Während die Dorfkirchen in der Regel über einen Grundbesitz von 33 bis 99 Dehjatinen verfügen, besitzen manche städtische Kirchen 500, 1000, ja 1500 und mehr Dehjatinen. Der Flächeninhalt des Acker- und Weidelandes der Kirchen beträgt 1 671 000 Dehjatinen, die einen Wert von 116 Millionen Rubel darstellen.

Die Klöster verfügen natürlich über einen weit ausgedehnteren Grundbesitz: 94 Klöster besitzen bis 1000 Dehjatinen, sieben — bis 10 000, fünf — von 19 000 bis 26 000! Im ganzen beläuft sich der Grundbesitz der Kirchen und Klöster auf 2 470 000 Dehjatinen!

Vor 50 Jahren belief sich, nach den offiziellen Angaben des Heiligen Synods, die Jahreseinnahme der Klosterländereien auf 400 000 Rubel; vor 25 Jahren betrug sie schon 1 1/2 Millionen und vor fünf Jahren — sieben Millionen!

Diese Zahlen lassen es verständlich erscheinen, weshalb der im allgemeinen religiöse Bauer mit solchem glühenden Eifer für die Konfiskation der Kirchen- und Klosterländereien eintritt. Die Figura zeigt, hat die Kirche überall einen bewunderungswürdigen Magen.

Leiden und Freuden eines Redakteurs. Die Eastern World bringt folgenden Stoßseufzer, der nicht nur auf England und Amerika paßt. Sie schreibt: „Eine Zeitung zu redigieren“ ist selten ein Vergnügen. Falls das Blatt zu viel Anzeigen enthält, beklagen sich die Abonnenten, daß zu wenig Lesestoff darin ist. Hat es keine Anzeigen, dann heißt es: Die Zeitung ist unbeliebt und nicht wert. Nimmt der Redakteur eine Einladung an, dann spricht man hinterher von jedem Bissen, den er gegessen hat. Nimmt er sie nicht an, dann ist er hochmütig und man sagt, es sei doch seine Pflicht und Schuldigkeit gewesen, hinzugehen. Läßt er sich viel auf der Straße sehen, dann heißt es: er bumelt herum. Arbeitet er fleißig, dann macht man ihm den Vorwurf, daß er nicht selber nach Neuigkeiten ausgehe. Nimmt er ein langatmiges Eingefandte nicht auf, dann macht er sich Feinde; nimmt er es auf, dann heißt es: Na, der bringt aber auch jeden Quatsch. Unterdrückt er eine peinliche Neuigkeit aus gutem Herzen, dann heißt es, er ist feige und bevorzugt gewisse Klassen. Bringt er die Neuigkeit aber, dann feht es Kravall in der betreffenden Familie und allen ihren Freunden ab. Nennt er in einem Berichte über eine Gerichtsverhandlung auf die dringenden Witten der Familienangehörigen des Angeklagten dessen Namen nicht, so läßt er sich beschämen; nennt er den Namen, so begeht er eine Gemeinheit. Macht er einen Witz, den jemand auf sich beziehen könnte, dann ist er bissig, arrogant und unerschämmt. Bleibt er mit seiner Schreiberei stets im Schatten kühler Denkersart, dann ist er lebern und langstielig. Deckt er mutig Mißstände auf, so ist er ein Revolberjournalist; kommt er dabei sogar ins Gefängnis, so ist er ein ganz dummer Kerl. Unterläßt er es infolge dieser üblen Erfahrungen und des Undankes der Welt, für andre die Kaffianen aus dem Feuer zu holen, so ist er ein Reptil, ein elender Lohnschreiber, der für Höheres kein Interesse hat.

Gewerkschaftliches.

Gewerkschaftliche Kämpfe im zweiten Quartal 1907. Nach den soeben veröffentlichten vorläufigen Zahlen ist das zweite Quartal 1907 für die Gewerkschaften ein an Kämpfen sehr reiches gewesen. Während von Januar bis April 248 Streiks neu ausbrachen, 293 beendet wurden, betragen die entsprechenden Zahlen von April bis Juli 642 bzw. 761. Entsprechend ist die Zahl der Aussperrungen gestiegen. Im zweiten Quartal brachen neu aus 65 und wurden beendet 120. Am heftigsten wurde das Baugewerbe von Kämpfen in Mitleidenschaft gezogen, 243 Streiks und Aussperrungen brachen neu aus, 269 wurden beendet. Die Höchstzahl der an letzteren beteiligten Arbeiter betrug 19 147. Die 761 beendeten Streiks erstreckten sich insgesamt auf 5762 Betriebe (erstes Quartal 1025), von denen 1535 (275) völlig stillgelegt wurden. Die Höchstzahl der gleichzeitig streikenden Arbeiter betrug 60 776 (19 564), die der gestuzenen Feiern den 2945 (1403). Während im Anfang des Jahres 1907 die Mehrzahl der Streiks erfolglos verlief, war sie vom Frühjahr ab von teilweise Erfolge (in 320 Fällen) begleitet. 160 Streiks hatten vollen, 281 keinen Erfolg. Die 120 Aussperrungen betrafen 2815 (245) Betriebe, von denen 843 (18) völlig zum Stillstand kamen. Die Höchstzahl der Aussperrten betrug 33 549 (4249), die der gestuzenen Feiern den 415 (22).

A. Auf dem Wege zur Einigung. Nachdem die lokalistischen Zimmerer Berlins, wie wir schon mitteilten, der Verschmelzungsbewegung mit dem Zentralverbande nahe getreten sind, haben nunmehr auch die lokalistischen Maurer der Einheitsorganisation im Prinzip zugestimmt. Die Geschäftsleitung wurde beauftragt, das Resultat der Einigungsverhandlungen den Ortsvereinen auf einer demnächst einzuberufenden Konferenz zur Entscheidung vorzulegen.

Die Gewerkschaften Oesterreichs. Im Bericht der sozialdemokratischen Partei Oesterreichs heißt es:

Die günstige wirtschaftliche Konjunktur der letzten Jahre hat das Erstarken der gewerkschaftlichen Organisationen in ganz

Oesterreich wesentlich gefördert. Im Jahre 1906 stieg die Zahl der Gewerkschaftsgruppen von 2964 auf 4082, die Zahl der Mitglieder von 323 099 auf 448 270. Die Zunahme an männlichen Mitgliedern betrug 110 383, das ist 37,42 Prozent, die der weiblichen Mitglieder 13 788, das ist 48,49 Prozent. Nach den Berechnungen der Gewerkschaftskommission sind bereits 20,13 Prozent der industriellen Arbeiter organisiert. Die Einnahmen der Gewerkschaften betrugen im Jahre 1905 4 641 727 Kronen, im Jahre 1906 schon 6 982 375 Kronen; die Ausgaben stiegen von 3 829 751 Kronen auf 5 609 810 Kronen. Hierbei ist die Finanzgebarung der freien Organisationen nicht eingerechnet. Die freien Organisationen haben für gemäßigtere und freitende Mitglieder im Jahre 1905 1 164 848 Kronen, im Jahre 1906 1 918 900 Kronen ausgegeben. Die Einnahmen der Gewerkschaftskommission betrugen im Jahre 1905 60 936 Kronen, im Jahre 1906 96 824 Kronen, die Ausgaben im Jahre 1905 50 495 Kronen, im Jahre 1906 94 864 Kronen. Die Gewerkschaften verfügen über 94 Fachblätter, darunter 46 deutsche. Von den deutschen Fachblättern erscheinen 14 einmal, 14 zweimal, 2 dreimal im Monat, 10 Fachblätter erscheinen vierzehntägig, 6 Blätter wöchentlich. Die Auflage der Fachblätter ist von 1905 bis 1906 von 331 930 auf 458 670 gestiegen, die Auflage der deutschen Fachblätter von 204 450 auf 286 400. Die deutsche Ausgabe der Gewerkschaft hat eine Auflage von 233 800 Exemplaren. Die Gewerkschaftskommission wurde von 4 Landessekretariaten und 33 Landesvertrauensmännern in ihrer Tätigkeit unterstützt.

Zwischen der politischen Partei und den Gewerkschaften besteht das beste Einvernehmen. Unsere Genossen haben stets ihre ganze Kraft in den Dienst der Gewerkschaften gestellt, die Vertrauensmänner der Gewerkschaften haben stets auch in den politischen Organisationen und im politischen Kampfe ihre Pflicht erfüllt. Die großen Aktionen während des Wahlrechtskampfes — die Vorbereitungen zum Massenstreik vor allem — wurden von der Partei und den Gewerkschaften gemeinsam geleitet. Im Wahlkampf haben uns die gewerkschaftlichen Organisationen moralisch und materiell wirksam unterstützt. Andererseits hat unser politischer Kampf die Massen des arbeitenden Volkes in ganz Oesterreich aus träger Ruhe aufgerüttelt und dadurch auch zur Kräftigung der Gewerkschaftsbewegung erheblich beigetragen. So fällt das Wachstum der politischen Partei der Arbeiterklasse zusammen mit dem Erstarken ihrer gewerkschaftlichen Organisationen. Auf dem internationalen Sozialistenkongreß in Stuttgart wurde das einträchtige Zusammenwirken der Partei und der Gewerkschaften in Oesterreich als leuchtendes Beispiel für die Proletarier aller Länder und Völker gerühmt.

An die Schriftführer und Mitarbeiter des Fachblattes.

1. Beschreibe das Papier bloß auf einer Seite. Die Schriftzeilen sind weit auseinander zu halten.
2. Sende den Versammlungsbericht am Tage nach der Versammlung schon an die Redaktion ein, schreibe aber, sobald es sich um Kritiken handelt, nur dasjenige, was vor Gericht jederzeit bewiesen werden kann.
3. Wird ein gebiegenes Referat gehalten, dann kann der Bericht in der Fachzeitung auch etwas ausführlicher sein.
4. Wird ein Tarif abgeschlossen, so sind die wichtigsten Bestimmungen im Fachblatt zu publizieren; insbesondere ist in Zahlen auszudrücken, welche Lohnzulage erreicht wurde.
5. Ueber Gewerkebegehrtsentscheidungen, die unsrer Berufsangehörigen interessieren, ist schnellstens an die Redaktion zu berichten.
6. Hat ein Kollege das Zeug, selbständige Artikel zu schreiben, so fasse er sich kurz und bündig, jede unnötige Einleitung ist wegzulassen. Ein Artikel, der mehr als 10—15 Seiten im Manuskript oder zwei Spalten in der Zeitung enthält, wird von den Mitgliedern nicht mehr mit dem nötigen Interesse gelesen.
7. Jeder schreibfähige Kollege soll Mitarbeiter an seiner Fachzeitung sein, die Gauleiter und Lokalbeamten aber in erster Linie.

Allgemeine Bekanntmachungen.

- Elberfeld.** Ich eruche die Vorsitzenden allerorts, mir die Adresse vom Postleutnant Aug. Reifeleiter, geboren in Mannheim am 11. Juni 1880, anzugeben, da selbiger noch Werke der Zentralbibliothek in Händen hat. Karl Bäu, Franzenstr. 21.
- Wenda.** Den reisenden Kollegen zur Kenntnis, daß jeder arbeitssuchende Kollege sich vorher beim Vertrauensmann zu melden hat. Auch werden dort die Marken für gutes, warmes Mittagsbrot gratis ausgegeben; berücksichtigt werden nur Verbandsmitglieder, welche ihr Verbandsbuch in Ordnung haben.
- Striegau (Schlesien).** Während des Streikens-Ströbeler Streiks ließen die Bruchbesitzer unsere Kollegen aus den Werkwohnungen emittieren. Viele Kollegen mußten mit ihren Familien im Freien karnpiieren. Diese Szenen sind photographisch festgehalten worden. Ansichtskarten, welche den Terrorismus der Unternehmer im Bilde vorführen, sind beim Unterzeichneten zu bestellen. Das Stück kostet 10 Pf.; unter einem Duzend wird nicht verkauft. Der Uberschuss kommt den Emittierten zugute. Zahlreiche Bestellungen erwartet Max Lohse, Gauleiter, Bahnhofstr. 11.
- Mühlhausen (Thüringen).** Die Reiseunterstützung wird in der Zentralherberge, Ammerstr. 12, ausgezahlt.
- Hodanau.** Der Steinmetz Fritz König, geboren in Dörf am 15. Januar 1877, hat sein Buch in Unordnung hier liegen lassen. Es wird ersucht, demselben kein neues auszustellen. Fr. Martins, Vorsitzender.
- Bunglau.** Reisende Kollegen haben sich an Kassierer Bartich, Platz Schilling zu wenden. C. Schulze, Vorsitzender.
- Effen.** Reisende Kollegen haben sich, bevor sie zusprechen, beim Kassierer Spieder, Engelbertstr. 33, zu melden. R. Delvo, Vorsitzender.

Adressen-Hendungen.

- Elberfeld.** Vorl.: Karl Bäu, Franzenstr. 21.
- Hidelsberg.** Kass.: Peter Schmidt, Rahmengasse 11, III.
- Ludwigshafen I.** Kass.: Heinrich Heil, Bismarckstr. 11, pt.
- Ober-Dorla.** Vorl.: Martin Dreißbarth I, Süßbrunnenstr. Kass.: Emil Schreiber, Lange Str. 160.
- Bonn.** Vorl.: Theodor Kömer, Dorotheenstr. 85, I. Kass.: Hans Vater, Magstr. 73, II.
- Nordendorf.** Kass.: Steinmetz Joseph Ertl.
- Ludwigshafen a. Rh. I.** Vorl. und Kass.: Wilh. Leimeister, Welfer Str. 19, III.
- Seeburg.** Vorl.: Ernst Hornschuh, Wechmar bei Gotha. Kass.: Friedrich Schreiber, Seeburg.
- Hodanau.** Vorl.: Fritz Martins, Löwenberg, Hirschberger Straße 7.
- Dreslau I.** Kass.: Reinhold Koske, Königgräzer Str. 17. Dasselbst wird auch die Reiseunterstützung ausgezahlt.
- Hildesheim.** Vorl. u. Kass.: Fritz Röber, Lappenberg 20.
- Aue.** Kass.: Ernst Dörfelt, Wettinerstraße.

Neue Zahlstellen.

Kunrkirchen. Vorl.: Joseph Scheuer, Lbanet bei Wilschhofen. Kass.: Joseph Schlagbauer, Dorf, Post Kunrkirchen b. Wilschhofen.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 14. bis mit 19. Oktober.

(Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate, X. = Extrasteuer.)

Demis-Thumitz, B. 840.—, E. 25.—, K. 15.70, X. 237.50; Gebelbach (Steger), M. 3.—; Rühberg, X. 10.—; Wies, B. 115.—

X. 34.50; Blauen, B. 9.—; Boffa, B. 294.—, K. 52.80, M. 4.20; Behlar, B. 92.—, E. 2.—, K. 10.—, X. 115.—; Heinrichsgrün, Ab. 0.90; Cloppenburg, Ins. 1.—; Dieteshelm, B. 7.95; Leipzig II, B. 80.25, X. 103.50; Altenhagen, E. 1.75, K. 8.—, X. 51.50; Cunevalde, B. 49.90, E. 1.50, K. 1.10, X. 52.—; Elmstein, B. 16.80, K. 1.70; Gelnhausen, B. 159.16, K. 0.70, M. 7.40; Hannover I, K. 20.—, X. 266.50; Hockspeter, K. 21.20, M. 0.30, X. 13.—; Hodenau, B. 252.—; Hoof I, B. 36.—, K. 30.—; Sundsburg, B. 3.75, X. 14.50; Hücht (Odenwald), B. 76.—, X. 50.—; Marburg, B. 46.—, K. 10.—; Münster, K. 0.30, X. 23.—; München, B. 460.—, E. 10, M. 0.85; Wladenburg, B. 184.—; Pirmaßens, B. 79.14, E. 5.50, K. 0.80, M. 1.50, X. 33.50; Randersacker, B. 138.86, E. 4.—, K. 2.80, M. 0.20, X. 74.—; Ertter, B. 75.90, E. 2.—, K. 3.20, X. 33.—; Wiesbaden, X. 13.50; Würzburg, B. 72.22, K. 5.60, X. 18.—; Odenburg, B. 57.—, E. 1.—, K. 1.50, M. 0.40, X. 21.—; Oberhau, B. 5.30; Bant, B. 5.—; Leipzig (Luft), B. 0.50; Hilfen, B. 5.55; Gibau, B. 4.50; Weichselberg, B. 42.—, E. 0.50, K. 7.50; Würzburg, B. 50.60, K. 3.40, X. 22.—; Ströbel, E. 0.25, X. 71.—; Seb, B. 11.25, E. 5.—, K. 0.25, X. 11.25; Pilgramstreuß, B. 191.94, K. 19.30, X. 91.—; Löwenberg, B. 23.—, K. 16.—; Regensburg, B. 63.84, K. 1.90, M. 0.40, X. 2.—; Neudorf, X. 149.25; Königsbrud, B. 73.50, E. 15.50, K. 11.50, X. 0.50; Königsutter, B. 46.—; Frankfurt a. M., B. 460.—, X. 400.—; Dürkheim, B. 193.62, E. 9.—, K. 2.60, X. 25.—; Brandenburg, B. 11.50, E. 0.50, X. 3.—; Bamberg, B. 14.70, K. 0.30; Milsleben, B. 76.—; Deutmannsdorf, B. 207.—; Seibelberg, E. 4.50; Marburg, B. 36.80, K. 8.70; Madweiler, B. 13.30, K. 1.80; Offenbach, X. 36.—; Pirna, B. 416.50, E. 0.25; Regensburg, B. 42.—; Seebach, K. 33.—, X. 203.50; Strehlen, B. 102.60, K. 0.75, X. 250.—; Untergimpert, B. 69.30; Zweibrücken, B. 34.44; Stade, B. 10.50; Schwerin, B. 5.05; Bodenwöhr, B. 3.—; Witten, B. 69.—; Strehlen, B. 182.40, E. 43.—, K. 37.75; Schwarzenbach, B. 39.80, E. 5.50, K. 34.20, M. 0.75; Riesa, X. 110.—; Nürnberg, B. 460.—, M. 1.15; Mittelsteine, B. 420.—; Garbheim, B. 5.25; Eifenach, B. 20.70, K. 4.—, X. 146.50; Derbingen, B. 152.—, K. 3.20, M. 0.80, X. 17.—; Dresden, B. 1375.40, K. 364.65, X. 1400.—; Alt-Warthau II, B. 55.20, M. 0.30; Augsburg, B. 23.—, K. 3.50, M. 0.35; Rölln (Gaulleiter), M. 6.—; Frankfurt a. O., M. 0.40, X. 4.—; Gießen, B. 67.62; Lutter, B. 11.76, X. 3.—; Lauban, E. 1.25; München, B. 230.—, K. 25.—; Ober-Dorla, B. 110.58, K. 5.80, X. 25.—; Ditterberg, X. 10.50; Rostock, X. 179.—; Reichenbach, B. 420.—, E. 7.50, K. 20.—, M. 2.35, X. 139.50; Unsen, B. 458.—, K. 10.—; Sternfels, B. 178.60, E. 5.50, K. 4.80, M. 1.70, X. 6.—; Burgsteinfurt, B. 4.70; Siegnitz, B. 4.50.

Ludwig Geist, Kassierer.

Briefkasten.
J., Hamburg. Ja, es ist der betreffende H. Th. Besten Gruß. — Elberfeld. Die Recherchen waren resultatlos.

Anzeigen.
(Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitssuchenden, sich über die einschlägigen Berufsverhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

Derdingen.
Sonntag, den 27. Oktober, nachmittags 3 Uhr
Mitglieder-Versammlung
in der Germania.
Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Umfassende Kenntnisse
auf allen Gebieten des Hoch- u. Tiefbauwesens u. Stukkatour- und Steinmetzberufes erlangt man durch das Studium der Selbstunterrichtswerke System Karnack-Hachfeld. Ansichtssend. über jedes einzelne Unterrichtsfach. Prospekte u. Auerkennungs-schreiben gratis und franko.
Bonnese & Hachfeld, Potsdam. K. 2.

Spezialhaus für Berufskleidung
Eigene Anfertigung
Schürzen-Stoff, extra breites Hausmacherleinen.
Jackets, Hosen
Emil Keidel, Hamburg 6
Bartelsstraße 101. =
Steinhauer und Schleifer
für dauernde Arbeit können eintreten
Granitwerk Frohmann & Co.
Reinheim (Hessen).

Lüchtige Maschinen- und Hand Schleifer
finden dauernde Beschäftigung.
Granit- und Diabas-Werk Baumholder
Bahnhofstation Heimbach (Rheh).
Johann Tangerbeck kann sofort eintreten bei Seidler in Heide.
Um seine Adresse bittet sein Bruder Michael.

Sterbetafel.
(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir kostenlos alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb 10 Tagen nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird.)
Aue (Ergebirge). Am 13. Oktober verstarb im Alter von 40 Jahren unser Kollege **Anton Fischer** am Herzschlag.
Berlin II. Am 14. Oktober starb im Alter von 42 Jahren unser Kollege **Hermann Schneider** an der Lungenschwindsucht.
Bunglau. Am 18. Oktober starb im Alter von 31 Jahren unser Kollege **Edmund Wunderlich** an der Lungenschwindsucht. — Am 15. Oktober verstarb im Alter von 38 Jahren unser Kollege **Georg Heps** an der Berufskrankheit.
Demis-Thumitz. Am 15. Oktober starb im Alter von 40 Jahren unser Mitglied **Emanuel Stehlich**.
Dsnabrück. Am 10. Oktober starb im Alter von 56 Jahren unser Kollege **Hubert Creutz** an einem Nierenleiden.
Pilgramstreuß. Am 14. Oktober starb im Alter von 37 Jahren unser Kollege **Nikolaus Luding** an der Lungenschwindsucht.
Radoszell. Am 17. Oktober starb im Alter von 39 Jahren unser Kollege **Karl Boreis** an der Lungenschwindsucht.
Ehre ihrem Andenken!
Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Notations-Druck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Sozialdemokratie und Sozialgesetze.

Zu dem eisernen Bestand im Waffenarsenal unserer Gegner gehört die in den letzten Jahren bei jeder Wahl auftauchende Behauptung, daß die Sozialdemokraten gegen die Sozialgesetze gestimmt haben. Das ist richtig. Dagegen hüten sich die Gegner, die Motive anzugeben, die die ablehnende Haltung der Sozialdemokraten vollauf begründet erscheinen lassen. Sie sagen auch mit keinem Wort, daß gegen das Krankenversicherungsgesetz neben den 12 Sozialdemokraten auch 87 bürgerliche Abgeordnete gestimmt haben. Gegen die Alters- und Invalidenversicherung stimmten 165 Abgeordnete, dem Reichstag gehörten damals — 1888 — aber bloß 11 Sozialdemokraten an. Die Sozialdemokraten stimmten gegen die Gesetze, weil sie den Arbeitern zu wenig boten, die bürgerlichen Gegner stimmten gegen diese Gesetze, weil sie ihnen zu weitgehend waren!

Beim Krankenversicherungsgesetz hatten die Sozialdemokraten beantragt: Ausdehnung auf alle Arbeiter und Personen, die weniger als 7.50 Mk. pro Tag verdienen. Ferner sollte geleistet werden ein Krankengeld in Höhe des ortsüblichen Tagelohns, mindestens aber 2 Mk. pro Tag, daneben freie ärztliche Behandlung und freie Lieferung aller Medikamente und Heilmittel. Das sind Forderungen, die selbst heute noch nicht voll erreicht sind.

Die Unfallversicherung sollte die Unternehmer von dem viel weiter gehenden Haftpflichtgesetz befreien. Der Unternehmer mußte für jeden Schaden haften, wenn er nicht nachweisen konnte, daß der Arbeiter den Unfall selbst verschuldet hatte. Eine Entlastung der Unternehmer ist es unter allen Umständen, daß bei Unfällen die Unfallversicherung erst dann eingreift, wenn der Unfall eine länger als 13 Wochen dauernde Arbeitsunfähigkeit nach sich zieht. 75 Prozent aller Betriebsunfälle fallen damit zu Lasten der Krankenversicherung. Die Art der Berechnung des Schadens, den ein Arbeiter erlitten hat, widerspricht allen Grundgesetzen der Vernunft. Denn nicht der ganze wirklich verdiente Lohn dient als Grundlage für die Berechnung der Rente, sondern nur zwei Drittel des Lohns, und wenn der Tagelohn 4 Mk. übersteigt, dann wird dieser überschüssige Betrag nur mit einem Drittel in Anrechnung gebracht. Die meisten Handwerkergehilfen sind heute noch selbst von dieser Art der Fürsorge ausgeschlossen. Das Gesetz benachteiligt direkt jenen Teil der Arbeiter, denen ein Anspruch auf Grund des Haftpflichtgesetzes zustand, und schon um deswillen mußten die Sozialdemokraten gegen den Entwurf stimmen.

Gegen den Entwurf eines Gesetzes, betreffend Alters- und Invalidenversicherung, haben die Sozialdemokraten gestimmt, weil Pflichten und Rechte zu ungleich verteilt waren, weil die Altersgrenze mit 70 Jahren zu hoch ist, weil der Kreis der Versicherten viel zu eng gezogen war und weil schließlich auch alle sozialdemokratischen Verbesserungsvorschläge abgelehnt worden sind. Gegen dieses Gesetz stimmten aber nicht bloß die 11 Sozialdemokraten, sondern auch der ganze Freisinn und das Zentrum mit nur 13 Ausnahmen. Dabon sagen die Gegner in ihren verlogenen Flugblättern kein Wort. Unser Genosse Bebel sagte in der dritten Lesung des Gesetzes:

„Wird das Gesetz nicht angenommen, so werden wir für ein neues, besseres Gesetz mit aller Macht agitieren, und wird es angenommen, so werden wir dem arbeitenden Volk beweisen, daß das Gesetz auch nicht entfernt das bietet, was es fordern kann, und wir werden es anspornen, solche Vertreter in den Reichstag zu schicken, die sehr wesentliche Verbesserungen dieses Gesetzes fordern.“

Damit vergleiche man den von unsern Gegnern immer wieder verbreiteten Schwindel, die Sozialdemokraten wollen nicht haben, daß kranke, alte und erwerbslose Leute eine Unterstützung bekommen. Lediglich die Sozialdemokraten sind es gewesen, die seit langen Jahren darauf dringen, daß die Unterstützungssätze erhöht werden, und die bei Wahlen so „hilfsbereiten“ Gegner sind es, die diese Anträge immer niederstimmen. Hiergegen war Wind-

horst, der ehemalige Führer der Zentrumsparlei, nicht nur ein Gegner des Gesetzes, sondern des Grundgedankens überhaupt. Er sagte am 20. März 1889:

„Meine Herren! Es ist im Laufe der Debatte von dem Herrn Abgeordneten Grafen Stolberg die Behauptung aufgestellt worden, ich sei die Seele der Opposition gegen dieses Gesetz. Wenn das wahr wäre, würde ich mir dieses Zeugnis durchaus zur Ehre rechnen können; denn die Opposition gegen dieses Gesetz hat eine weitgehende Basis hier im Hause und eine weit größere noch im Lande.“ Am 28. April 1897 beantragte das Zentrum die Aufhebung des Versicherungszwangs für die Arbeiter der Land- und Forstwirtschaft, des Handwerks und der kleingewerblichen Betriebe, für das Gefinde und Fortfall des Reichszuschusses, der bei jeder Rente 50 Mk. beträgt.

Als in den Jahren 1899 und 1900 dem Reichstag Gesetzesnovellen unterbreitet wurden, die eine Verbesserung der Sozialgesetze brachten, haben die Sozialdemokraten dafür gestimmt.

Eine große, geradezu widerliche Reklame wird mit den großen Summen getrieben, die für Arbeiterversicherung aufgebracht sind. Man sagt, es sind 7 344 959 628 Mk. für Arbeiterversicherung aufgebracht und sucht den Glauben zu erwecken, daß diese Summe den Arbeitern geschenkt ist. Man verschweigt, daß diese Summe in 21 Jahren aufgebracht wurde, und daß die Arbeiter selbst 2 991 769 424 Mark direkt als Beitrag gezahlt haben und 386 826 214 Mark aus Reichsmitteln gezahlt, also durch indirekte Steuern aufgebracht sind. Was die Unternehmer bezahlen, haben sie als Produktionskosten mit in Rechnung gesetzt und es sich beim Verkauf der Waren, zusätzlich des Unternehmergewinns, vom Abnehmer der Waren wiedergeben lassen.

Der Unternehmer zahlt seinen Anteil nicht etwa aus seiner Privatbörse, sondern aus dem von den Arbeitern geschaffenen Mehrwert. Was die Unternehmer leisten, das müssen ihnen die Arbeiter vorher verdienen.

Die Gewerkschaftsbank.*

Von Bruno Buchwald.

III.

Ich wende mich nunmehr der wichtigsten Frage dieses Themas zu, nämlich der Frage, wie die Gelder bei der Gewerkschaftsbank angelegt werden sollen und welche Gewinne hieraus entstehen. Bei solchen Berechnungen handelt es sich selbstverständlich nur um Schätzungen, denn die Höhe des Zinsgewinnes einer Bank hängt von der Lage am Geldmarkt ab, die einem steten Wechsel unterworfen ist. In Zeiten einer stärkeren Anspannung am Geldmarkt wird eine Bank, deren Beruf es ausschließlich ist, keine Effekten- und Gründungsgeschäfte, sondern nur Kreditgeschäfte zu machen, größere Gewinne erzielen, als zu Zeiten billiger Zinssätze, wo eine passende Verwertung für das Geld nur schwer zu finden ist. Dennoch ergibt sich schon aus dem Umstande, daß die Dividenden der meisten Banken, besonders aber der größeren Institute, nur geringfügigen Schwankungen ausgesetzt sind, die Tatsache, daß auch in geldflüssigen Zeiten eine günstige Verzinsung für das Geld beschafft werden kann. Es entstehen da eine Reihe von Möglichkeiten, das Geld auf andere Weise anzulegen, als dies bei hohen Zinssätzen der Fall ist. Beispielsweise pflegen die Kurse der Rentenwerte (Staatsanleihen usw.) in solchen Zeiten zu steigen, während sie bei teuren Geldsätzen und bei einem Hochstand der Konjunktur meistens sinken. Eine richtig disponierende Bankleitung wird daher je nach den verschiedenen Verhältnissen am Geldmarkt bald darauf bedacht sein müssen, einen großen Teil der Gelder in Staatsanleihen anzulegen, bald wieder wird es rentabler sein, das Geld in irgendeiner Form weiter zu verleihen.

Wenn wir einen Ueberblick über die Höhe der Einnahmen der Gewerkschaftsbank gewinnen wollen, müssen wir zunächst wissen, wie groß die Summe der bei ihr deponierten Gelder ist. Auch hierbei kann es sich natürlich nur um Schätzungen handeln. Nach der in meinem letzten Artikel zitierten Uebersicht des Korrespondenzblattes der Generalkommission der Gewerkschaften betrug der Vermögensstand der 66 Zentralverbände am Schlusse des Jahres 1906 25,213 Millionen Mark.

* Aus der Neuen Gesellschaft.

Von diesen Beständen ist sicherlich ein Teil in Wertpapieren angelegt, aber gerade auf diese Anlage dürften die Gewerkschaften erhebliche Verluste erleiden. Die Kurse der deutschen Staatsanleihen sind infolge der Ueberfüllung des Geldmarktes mit neuen Anleihen in den letzten Jahren erheblich zurückgegangen. Erst seit etwa vier Wochen ist wieder eine Steigerung eingetreten. Ich glaube nun, die Gewerkschaften würden, wenn sie eine eigne Vermögensverwaltungsstelle besäßen, besser daran tun, dieser die Anlage der Gelder zu überlassen. Die Gründe hierfür sind dieselben, wie ich sie eben in anderem Zusammenhang angeführt habe: Fachleute wissen den Zeitpunkt zu dem man Anleihen kaufen oder verkaufen soll, weit besser abzuwägen als Laien. Der Gewinn würde, wenn die Gewerkschaften die Geldanlage der Bank überlassen, schließlich doch in die Tasche der Gewerkschaften fließen, weil sie ja die Besitzer der Aktien sind. Selbstverständlich müßte man in dieser Beziehung den Gewerkschaften völlig freie Hand lassen, ob sie ihre baren Gelder vollständig der Bank übergeben oder einen Teil in Effekten anlegen wollen. Mir kommt es hier nur darauf an, um eine Berechnung anstellen zu können, eine bestimmte Ziffer über die Höhe der Geldanlagen zu erhalten. Aus den angeführten Gründen will ich bei der vorzunehmenden Berechnung voraussetzen, daß der Vermögensbestand von 25,312 Millionen Mark bar zur Einzahlung in die Gewerkschaftsbank gelangt.

Zu dieser Summe kommen nun diejenigen Beträge, die die Gewerkschaften an Mitgliedsbeiträgen usw. einnehmen, und die nicht während des ganzen Jahres bei ihnen verbleiben, weil der größte Teil doch wieder in Form von Streikunterstützungen usw. ausgegeben wird. Immerhin aber wird doch das berechnete Geld nicht sofort, sondern erst allmählich wieder zu Ausgabebenen benutzt, abgesehen davon, daß ein Teil als Vermögen zurückbleibt. Nehmen wir an, daß sämtliche Einnahmen durchschnittlich nur $\frac{1}{4}$ Jahr der Bank verbleiben würden, bis sie wieder zur Abhebung gelangen — eine gewiß eher zu gering als zu hoch bemessene Zeitdauer — so ergäbe sich, da die Einnahmen der 66 Zentralverbände im Jahre 1906 41,602 Millionen Mark betragen, auf das Jahr berechnet für die Bank eine Zinseinnahme auf den vierten Teil, das heißt auf etwa 10 Millionen Mark. Es wären also unter Berücksichtigung des Vermögensbestandes von etwa 25 Millionen Mark pro Jahr durchschnittlich etwa 35 Millionen Mark zu verzinsen. Hierzu kommen aber noch ganz beträchtliche Summen, die ich jedoch nicht einmal in Ansatz bringen will. Diese Summen würden sich daraus ergeben, daß doch gewiß ein großer Teil der deutschen Arbeiterkraft bei der Gewerkschaftsbank Spareinlagen machen würde, die heute bei den Sparkassen, oder bei den Privatbanken gemacht werden. Ich bin der Meinung, daß die Gewerkschaftsbank in bezug auf die Solidität den städtischen Sparkassen in keiner Weise nachstehen würde. Berücksichtigt man, daß allein bei den preussischen Sparkassen etwa acht Milliarden bare Gelder ruhen, von denen ein sehr großer Teil gerade aus den Kreisen der Arbeiterschaft und des Mittelstands herrührt, ein ganz minimaler aber nur aus den Kreisen der Landwirtschaft, des Handels und der Industrie (weil diese Kreise höhere Verzinsung auf andere Weise erlangten), so wird meine Ansicht begreiflich sein, daß die Gewerkschaftsbank einen Teil der Sparkassengelder bekommen würde, immer unter der Voraussetzung, daß sie auf solider Grundlage aufgebaut ist. Aber ich will, wie gesagt, von diesen Summen vollständig absehen, zumal auch eine Schätzung ihrer Höhe vollkommen unmöglich ist.

Wir kommen nun zu der Frage, wie die berechneten 35 Millionen Mark bei der Gewerkschaftsbank anzulegen sind. Ein Teil des Geldes scheidet natürlich von einer Verzinsung vollkommen aus, weil dieser als Kassenbestand zu halten ist. Wie groß der Kassenbestand einer Bank sein muß, das hängt davon ab, in welchem Maße ihre Kunden sich daran gewöhnt haben, Zahlungen durch den sogenannten Ueberweisungsvorkehr zu leisten. Wenn jemand einer Bank aufgibt, einem Dritten eine bestimmte Summe zu zahlen, so muß die Bank, wenn Barzahlung vorgeschrieben wird, den Betrag dieser Person aus ihrem Kassenbestande bar übersenden. Gibt aber der Kunde der Bank den Auftrag, dem Konto des Dritten den Betrag gut zu schreiben, so hat die Bank nicht nötig, den Betrag in ihrer Kasse zu halten, sondern sie nimmt nur eine Buchung vor, die genau denselben Zweck erfüllt. In Deutschland hat sich das Publikum in ganz geringem Maße daran gewöhnt, Geldebeträge durch Ueberweisung der Summe zu zahlen. Infolgedessen müssen die deutschen Banken größere Kassenbestände halten, als zum Beispiel die englischen Institute, wo der Ueberweisungsvorkehr eine ganz gewaltige Ausdehnung erlangt hat. Bei der Gewerkschaftsbank würde der Kassenbestand nicht allzu groß zu sein brauchen, weil ja die Zahlungen zwischen den Filialen und den Zentralvorständen durch Ueberweisung geschehen könnten. Die Barbestände müssen nur so groß sein, daß jede Gewerkschaft sofort in der Lage ist, die zur Auszahlung notwendigen

Kunstförderung.

Ueber die künstlerischen Probleme der heutigen Architektur sprach Architekt August Endell in dem von ihm erbauten Festsaal Rosenthalerstraße 40. Endell ist einer der begabtesten jüngeren Architekten Berlins und so holen seine Auseinandersetzungen vieles Interessante.

Zu Anfang betonte er die Notwendigkeit, zu neuen Bauformen zu kommen. Da unsere Technik, unsere Konstruktionsmöglichkeiten, unsere Art des Wohnens, unser Lebensgefühl andre geworden seien, müßten auch die Formen der Architektur von selbst sich ändern. Die Römer konnten Gemölbe von 20—30 Meter überspannen, wir können solche von 70, ja 100 Metern überdecken. Andererseits wohnen wir enger beieinander, dichter übereinander und wir verlangen anderes und mehr von unsern Räumen, in denen wir wohnen, als die Vorfahren. Man habe versucht, durch Auswahl alter Formen zu einer neuen Architektur zu kommen. Sowohl in dem einfachen Sinn, daß man die Stil Sprache überträgt (wobei meist, da die Verhältnisse andre sind, Entgleisungen vorkommen) oder in dem feineren Sinne eines Messel und Hoffmann, die in sorgfältiger, geschmackvoller Weise wirklich den Geist der alten Architektur in einem Extrakt darbieten. Aber auch hier sei oft das Resultat ein unangenehmes, da moderne Forderungen oft mit der alten Architektur kollidieren. Aber speziell auf dem Gebiete des Grundrisses, der Raumausnutzung sei diese ältere Generation Vorbildlich tätig gewesen.

Danach kam die kunstgewerbliche Bewegung der achtziger Jahre, die nach einem allgemeinen Ueberstrang bald eine Ernüchterung brachte. Die Folge war, daß man nun, um sich vor der Fülle des Falschen und Uebertriebenen zu retten, betonte, man dürfe nur zweckgemäß, materialgerecht, konstruktiv bauen. Dies war ein Notbehelf, kein Ende. Denn über der Notdurft steht die Schönheit. Schönheit in Form und Farbe sei etwas sehr Reales, speziell in der Architektur. Man sehe das an den alten Bauwerken, bei denen uns oft eine unerklärliche Schönheit entzünde. Diese Schönheit kann, da sie in den architektonischen Verhältnissen liegt, studiert, untersucht, gelehrt werden.

In dieser Weise sei das Studium der Alten zu empfehlen. Sowie ich eine antike Säule nicht darauf ansehe, wie ich sie

benutzen kann, sondern zu dem Zwecke, zu ergründen, wie ist der Baumeister zu diesem Ausdruck gekommen, warum hat er hier geändert, dort fortgelassen, dort hinzugefügt, belebt sich vor meinen Augen die Vergangenheit. Ich suche nicht Motive zusammen, sondern ich lerne verstehen, erziehe mich, bereichere mich durch Erkenntnis der Arbeitsweise der alten Meister und finde auf diesem Wege neues. Ebenso geht es mit der Natur. Sie liefert einen unererschöpflichen Schatz von Vorbildern. Diese muß ich studieren. Ich muß mir z. B. ein Blatt, eine verschiedene Serie von Blättern ansehen, so genau ansehen, daß sich mir die individuelle Form jedes Blattes einprägt. Dann arbeite ich weiter; ich variere; ich lasse hier eine Schwingung weg, füge eine Linie zu, stelle das Blatt auf den Kopf. Aus diesem Vorrat suche ich mir dann das jeweilig Passende aus, das den Rhythmus der Form, die ich verlange, am geschmeidigsten ausdrückt. So kann ich auch mit Linien operieren; überall beleben sich vor meinem Blick neue Möglichkeiten. Das ist eine Technik des Schaffens, die gelehrt werden kann, da sie auf Kenntnissen, Gesetzen beruht, und in diesem künstlerisch lebendigen Sinne ist das Studium der Aesthetik zu empfehlen, um durch Vergleichung der Formen zu einer lebendigen Anschauung, zu einer Kritik zu kommen. Indem ich die Wandlung der Formen überblicke, eröffnen sich mir neue Perspektiven. Da die Architektur von heute überall durch Vorschriften gebunden ist, gilt es durch geschmeidige Auswahl jeweils das Passendste zu suchen.

In diesem praktischen Sinne will Endell im kommenden Winter in Berlin Vorträge über Architektur halten, an der Hand von Zeichnungen, Photographien und Lichtbildern. Der Zirkus erstreckt sich über zwei Jahre und soll eine zusammenhängende Bauformenlehre geben. Endell vereint Temperament und kühles Urteil; er strebt hin zum Bewußt-Schöpferischen; er besitzt damit ein vorzügliches Lehrtalent und es ist zu wünschen, daß ihm Gelegenheit gegeben wird, fördernd und anregend zu wirken. Nicht nur als Lehrer, sondern auch als Künstler, als Architekt mit praktischen Beispielen seiner Kunst, das heißt, daß er Aufträge erhält.

Es ist ein Gewinn, daß ein Architekt, der Künstler ist, der in seiner Kunst so bewußt das Neue sucht, von dieser zu reden unternimmt. Nur der Künstler überzeugt uns. Wir beginnen

uns von der Wissenschaft zu emanzipieren. Und es ist das wohl als ein weiteres erfreuliches Zeichen dafür anzusehen, daß die Freude an der Baukunst im Steigen begriffen ist. e. s.

Groß alledem!

Ob Armut euer Los auch sei,
Hebt hoch die Stirn trotz alledem!
Geht kühn dem feigen Knecht vorbei.
Wagt's, arm zu sein, trotz alledem,
Trotz alledem und alledem,
Der Rang ist das Gepräge nur,
Der Mann das Gold, trotz alledem!

Und sitzt ihr auch beim fargen Mahl
In Zwisch' am Stolz und alledem,
Gönnt Schurken Samt und Goldpokal,
Ein Mann ist Mann trotz alledem!
Trotz alledem und alledem!
Trotz Brum und Pracht und alledem!
Der brave Mann! ob dürftig auch,
Ist König doch, trotz alledem.

Geißt „gnäd'ger Herr“ das Bürschen dort,
Man sieht's am Stolz und alledem,
Doch, lenkt auch Hunderte sein Wort:
's ist nur ein Tropf, trotz alledem,
Trotz alledem und alledem,
Trotz Band und Stern und alledem!
Der Mann von unabhängigem Sinn
Sieht zu und lacht zu alledem!

Drum jeder fleh', daß es geschähe,
Wie es geschieht trotz alledem!
Daß Wert und Kern, so nah wie fern,
Den Sieg erringt trotz alledem!
Trotz alledem und alledem,
Es kommt dazu, trotz alledem,
Daß rings der Mensch die Bruderhand
Dem Menschen reicht, trotz alledem!

Freiligrath.

bei der Bank abzuhängen. An denjenigen Orten, wo die Gewerkschaftsbank Niederlassungen nicht besitzt, würde die Abhebung bei einem von der Gewerkschaftsbank zu benennenden Bankier des Ortes zu erfolgen haben, der durch Vermittlung der Reichsbank den ausbezahlten Betrag von der Gewerkschaftsbank zurückerhält. Also nur da, wo die Gewerkschaftsbank Niederlassungen besitzt, würden Kassenbestände zu halten sein. Die Deutsche Bank hat nach ihrer letzten Bilanz einen Kassenbestand von etwa 87 Millionen Mark gehabt, jedoch bei etwa 1260 Millionen Mark eingezahlten Geldern. Somit entspricht der Kassenbestand einem Satz von etwa 7 Prozent der Barvermögen. Nimmt man bei der Gewerkschaftsbank denselben Prozentsatz an, so würde sie einen Kassenbestand von etwa 2 1/2 Millionen Mark aufzuweisen haben. Diese 2 1/2 Millionen Mark tragen, wie erwähnt, keine Zinsen, so daß etwa 3 1/2 Millionen Mark verzinsbar angelegt werden können.

Als den wesentlichsten Geschäftszweig der Gewerkschaftsbank möchte ich das Diskontgeschäft bezeichnen. Hierunter versteht man bekanntlich den Ankauf von Wechseln, wie er von der Reichsbank und den Privatbanken betrieben wird. Das Diskontgeschäft ist eins der sichersten Bankgeschäfte, die es überhaupt gibt, wobei natürlich Voraussetzung ist, daß nur gute Wechsel angekauft werden. Man unterscheidet banktechnisch zwischen Privatdiskonten und zwischen sogenannten Geschäftswechseln. Unter Privatdiskonten versteht man solche Wechsel, die auf eine erfüllbare Forderung gezogen werden und für deren Betrag auch sonst noch mindestens zwei als recht kapitalkräftige Firmen haften. Der Privatdiskontsatz wird an der Börse notiert, er betrug im Jahre 1906 durchschnittlich 4,04 Prozent. Nehmen wir nun an, daß die Gewerkschaftsbank etwa ein Sechstel der Gelder in Privatdiskonten anlegt, daß heißt etwa 5,4 Millionen Mark, so würde dieser Betrag im Jahre 1906 eine Einnahme von 218 160 Mark gebracht haben. Unter Geschäftswechseln versteht man solche Wechsel, die der Verkäufer einer Ware auf seinen Kunden zieht. Es gehören hierunter also nicht die sogenannten Gefälligkeitsakzepten, die von kleineren Firmen häufig einer befreundeten Firma gegeben werden, um auf diese Weise sich durch die Diskontierung der Wechsel Geld zu verschaffen. Die Diskontierung solcher Papiere erfolgt in der Regel durch Genossenschaftsbanken, während die Reichsbank wie die Großbanken sie ablehnen. Auch die Gewerkschaftsbank darf selbstverständlich solche Wechsel nicht kaufen. Wie gering das Risiko aber beim Ankauf guter Warenwechsel ist, das ergibt sich aus den Angaben der Reichsbank über deren Verluste bei der Diskontierung. Im Jahre 1906 wurden von der Reichsbank für etwa 10,6 Milliarden Mark Wechsel angekauft und davon sind nur für 282 150 Mark Wechsel unbezahlt geblieben! Die Privatbanken berechnen bei der Diskontierung der Wechsel 1/2 bis 1 Prozent über dem offiziellen Diskontsatz der Reichsbank, außerdem noch eine Provision, die in der Regel 1/2 bis 3/4 beträgt. Ich will für meine Kalkulation annehmen, daß die Gewerkschaftsbank nur ein Sechstel ihrer Gelder in Geschäftswechseln anlegt. Die Deutsche Bank hat für etwa die Hälfte der bei ihr deponierten Guthaben Wechsel, einschließlich der Privatdiskonten, angekauft. Nehmen wir also an, daß die Gewerkschaftsbank 5,4 Millionen Mark in Geschäftswechseln anlegt, so ergäbe sich hieraus, wieder für das Jahr 1906 berechnet, bei einem Durchschnittssatz der Reichsbank von 5,15 Prozent in diesem Jahre ein Zinsertrag von 278 100 Mark. An Provision solle nach meiner Schätzung hierzu 1/2 Prozent treten. Dieser Satz würde sich aber vervierfachen, da die Banken nur Wechsel von einer Laufzeit (bis zur Fälligkeit) von höchstens drei Monaten zu diskontieren pflegen. Somit könnte der in Geschäftswechseln anzulegende Betrag von 5,4 Millionen Mark jährlich viermal von neuem verwertet werden. Ein Drittel Prozent von 4 mal 5,4 Millionen = 21,6 Millionen ergibt einen Betrag von etwa 72 000 Mark. Sowohl Privatdiskonten wie Geschäftswechsel können zum größten Teil sofort in flüssiges Geld umgewandelt werden; Privatdiskonten, weil sie an der Börse jederzeit verkauft werden können, und Geschäftswechsel, weil sie jederzeit von der Reichsbank diskontiert werden.

Ein weiterer wichtiger Geschäftszweig der Gewerkschaftsbank wäre die Lombardierung (Verleihung) von Effekten. Dieser Geschäftszweig wäre der allerrentabelste, nur ist hierbei zu berücksichtigen, daß sich für eine Bank nicht immer in genügendem Umfang Gelegenheit zu solchen Geschäften bietet. Die Reichsbank beleihet Wertpapiere bis zu 1/2 ihres Kurswertes, schließt aber Industrieeffekten von der Verleihung aus. Der Zinssatz, zu dem die Verleihung geschieht, ist fast immer 1 Prozent höher als der offizielle Diskontsatz der Reichsbank; im Jahre 1906 hat also der Durchschnittssatz für Lombardgeld 6,15 Prozent betragen. Die Privatbanken beleihen auch Industrieeffekte, natürlich nicht zu ihrem vollen Wert, sondern etwa bis zu 60 Prozent, Staatsanleihen etwas höher als die Reichsbank, nämlich bis zu 90 Prozent. Häufig wird von den Privatbanken noch eine Provision genommen; ich will aber eine solche bei der Kalkulation nicht in Ansatz bringen. Nehmen wir nun an, daß die Gewerkschaftsbank nur für ein Sechstel der eingezahlten Summen, also jedenfalls für 5,4 Millionen Mark Verleihungen von Wertpapieren vornimmt, so würde sich hieraus im Jahre 1906 ein Gewinn von 332 100 Mark ergeben haben.

Ein ähnliches Geschäft bildet die Verleihung von Ultimo-geld, das heißt von Geld, das fest vom Ultimo des einen Monats bis zum Ultimo des nächsten Monats gegeben wird. Hier können die Geschäfte in unbegrenztem Umfang gemacht werden, denn die Börse hat einen starken Bedarf nach solchem Geld. Die Effekten werden hierbei zum vollen Kurswert beliehen, aber die Abschlässe werden nur mit Banken und Bankiers gemacht. Die allerersten Großbanken pflegen zwar Ultimo-geld selbst zu verleihen, aber es gibt eine ganze Anzahl von Mittelbanken und von gut finanzierten Bankiers, die solche Gelder gebrauchen. Wir können hier ruhig annehmen, daß die Gewerkschaftsbank ein Drittel der bei ihr hinterlegten Gelder, also etwa 10,8 Millionen Mark als Ultimo-geld ausleiht. Der Durchschnittssatz für dieses Geld an der Berliner Börse war im Jahre 1906 5,13 Prozent; es würde also hierbei ein Ertrag von etwa 554 000 Mark verbleiben.

Der von den oben erwähnten 32,5 Millionen Mark noch zu verwertende Betrag beläuft sich auf 5,5 Millionen Mark. Diese Summe soll für die Kreditgewährung an Gewerkschaften usw. verwendet werden. Die Zinssätze für Kredite bei den Banken sind recht verschieden, abgesehen von der Verschiedenheit der üblichen Zinssätze, die am Geldmarkt vorherrschen. Selbst an die solidesten Firmen wird Geld von den Privatbanken selten unter dem Lombardzinssatz der Reichsbank ausgeliehen. Hierzu tritt noch eine Provision, die in vielen Fällen so hoch ist, daß der Geldnehmer 10 Prozent und mehr zu zahlen hat. Bei den großen Profitten, die der Handel und die Industrie erzielen, können die Warenfirmen das entliehene Geld noch weit besser verwerten. So hohe Sätze dürfen natürlich den Gewerkschaften nicht berechnet werden, wenn auch für eine Bank das Kreditgeschäft das lukrativste Geschäft überhaupt ist. Die Deutsche Bank hat zum Beispiel in ihrer letzten Bilanz Kredite in Höhe von 639,133 Millionen Mark ausgewiesen bei dem doppelt so hohen Betrag an den bei ihr hinterlegten Geldern. Man wird zugeben, daß es darum recht bedauerlich ist, wenn ich für die Kredite einen Zinssatz von 6,15 Prozent (das heißt entsprechend dem Lombardzinssatz der Reichsbank im Durchschnitt des Jahres 1906) und eine Provision von 1/2 Prozent in Ansatz bringe. Das ergibt, auf die oben genannte Summe von 5,5 Millionen Mark berechnet, einen Zinsertrag von 338 250 Mark und einen Provisionsertrag von etwa 18 300 Mark. Diese Summe müßte man jedoch vervierfachen, da die Kredite doch nicht auf die Dauer eines Jahres, sondern meistens auf ein bis zwei Monate, selten aber länger als auf ein Vierteljahr gewährt werden. Die Banken pflegen die Provision pro Quartal zu bemessen, bei länger

laufenden Krediten also immer von neuem Provisionen zu berechnen. Bei der Kalkulation will ich für die Gewerkschaftsbank noch ungünstigere Bedingungen einsetzen; wenn man selbst annimmt, daß ein Kredit für ein halbes Jahr gegeben wird, so ergibt sich ein Provisionsertrag von etwa 36 600 Mark. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß der Zinssatz für Kredite natürlich nicht immer 6,15 Prozent beträgt. Wir haben es im Jahre 1906 mit einem Jahr exorbitant hoher Zinssätze zu tun gehabt; in den meisten andern Zeiten würde der Kredit zu billigeren Sätzen gegeben werden.

In solchen Zeiten flüssigeren Geldstandes, d. h. geringerer Zinssätze, wären aber auch die den Gewerkschaften für die Hinterlegung des Geldes zu gewährenden Zinsen kleiner. Wenn ich für deren Berechnung auch das Jahr 1906 nehme, so muß ich auch andererseits bei der Verwertung des Geldes die höheren Zinssätze in Ansatz bringen. Die Großbanken pflegen die ihrer Kundschaft für das Geld gewährten Zinsen nicht zu veröffentlichen; wohlweislich deshalb nicht, weil das Publikum daraus erkennen würde, wie groß der Gewinn ist, den sie durch die Entgegennahme der Gelder erzielen. Ich habe mir jedoch eine Aufstellung der von den Berliner Großbanken im Jahre 1906 eingeräumten Sätze für täglich kündbares Geld angefertigt und es hat sich hierbei ergeben, daß der Durchschnittssatz nur 2,67 Prozent betrug. Man bedenke also, daß die Banken selbst bei der soliden Anlage des Geldes in reichsbankfähigen Wechseln etwa 2 1/2 Prozent verdienen; das ist ein geradezu enormer Satz, wenn man berücksichtigt, welch bedeutende Summen die Banken gerade von den kleineren Schichten der Bevölkerung an sich ziehen. Das ist auch der Satz, der im allgemeinen den Gewerkschaften auf ihre täglich kündbaren Guthaben gewährt wird. Rechnen wir nun den Prozentsatz von 2,67 Prozent auf die eingezahlten Gelder von 35 Millionen Mark, so hätte die Gewerkschaftsbank ihren Kunden, den Gewerkschaften (wieder für das Jahr 1906), die Summe von 844 500 Mark gezahlt.

Sehr wichtig ist endlich noch die Frage, wie groß die Betriebskosten der Gewerkschaftsbank sein werden. Hierüber ist es am allerleichtesten einen Ueberblick zu gewinnen, weil die Kosten um so größer sind, je mehr kleine Beträge eine Bank an sich zieht. Zur Befriedigung eines größeren Kreises kleiner Kunden gehört natürlich ein weit größerer Apparat als zur Befriedigung einer geringen Anzahl größerer Kunden. Bei der Gewerkschaftsbank würde der Kundendienst nur ein kleiner sein; es sei denn, daß die Bank Spareinlagen der Arbeiter erhält. Aber in diesem Falle wären auch andererseits die Gewinne weit größer, so daß die höheren Spesen bald wieder eingebracht werden würden. Nach meiner Ansicht würde selbst unter Berücksichtigung des Umstandes, daß die Gewerkschaftsbank an vier Orten Niederlassungen bestände, ein Verbrauch von 120 000 Mark pro Jahr für Unkosten genügend sein. Voraussetzung hierbei ist, daß nur die Gewerkschaften Kunden der Bank sind. Die Gewerkschaftsbank hätte nicht nötig, so hohe Direktorengehälter und Aufsichtsratsstämien zu zahlen, wie dies bei den Privatbanken üblich ist; auch brauchte sie nicht, um dem Publikum zu imponieren, Prachtpaläste zu bauen, wie dies von den großen Banken geschieht. Ich habe mir, um einen Ueberblick über die Spesen zu erhalten, die Bilanzen einiger kleinerer Depositenbanken angesehen, weil die Organisation der Großbanken hierfür nicht maßgebend ist. Bei der Neu-Vorpommerschen Spar- und Kreditbank, deren Bilanz ich gerade herausgegriffen habe, betragen die Unkosten im Jahre 1906 etwa 33 790 Mark, während die Bank etwa 4,4 Millionen Mark Gelder zu verwalten hat. Man sieht hieran also, daß der von mir angeführte Betrag ungefähr das Richtige treffen wird.

Rekapitulieren wir nun diese Ziffern, so ergibt sich folgendes Bild:

Einnahmen.		
Gewinn an Privatdiskonten . . .	218 160	Mark
" " Geschäftswechsel . . .	278 100	"
" " Effektenbeleihung . . .	332 100	"
" " Ultimo-geldern . . .	554 000	"
" " Krediten . . .	338 250	"
" " Wechselprovisionen . . .	72 000	"
" " Provisionen für Kredite . . .	36 600	"
Summa	1 829 210	Mark
Ausgaben.		
Zinsen für das verwaltete Geld . . .	844 500	Mark
Handlungskosten . . .	120 000	"
Summa	964 500	Mark

Der Gewinn der Gewerkschaftsbank würde also, wenn diese Bank den Gewerkschaften genau so viel Zinsen zahlt, wie dies die Privatbanken tun, rund eine Million Mark betragen.

Daß diese Summe gar nicht so horrend ist, dafür liefert wieder die Bilanz der oben erwähnten Neu-Vorpommerschen Spar- und Kreditbank den Beweis. Bei dieser Bank beträgt das Aktienkapital eine halbe Million, eingezahlt hieron sind aber nur 100 000 Mark. Die Einlagen usw. betragen etwa 4,4 Millionen Mark; hiermit wurden im Jahre 1906 ein Reingewinn von 100 573 Mark erzielt. Dabei sind aber erhebliche Beträge in den Reservefonds geflossen, an Zantienem gezahlt und auf neue Rechnung vorgetragen worden.

Wenn auch zugegeben ist, daß die Gewerkschaftsbank in den ersten Jahren ihres Bestehens geringere Ertragsnisse aufzuweisen würde, als ich sie oben geschätzt habe, wenn weiterhin zugestanden wird, daß ihr nicht sämtliche Summen als täglich kündbares Geld gegeben würden, so daß die an die Gewerkschaften zu zahlenden Zinsen größer wären, so ergibt sich doch (um so mehr als die Einnahmen eher zu niedrig als zu hoch geschätzt worden sind) aus meinen Ausführungen, daß die Gewerkschaften sich den Nutzen einer solchen Bank nicht länger dürfen entgehen lassen. Es ist nicht einzusehen, warum das Privatkapital an den Gewerkschaften etwa eine Million Mark jährlich verdienen soll, die sie selbst viel besser gebrauchen können.

Kunststein.

Ein Industriezweig, der von uns Steinarbeitern eine größere Beachtung verdient, ist die Kunststeinindustrie. Vor 30 Jahren hat wohl niemand daran geglaubt, daß man heute ganze Bauten von Kies, Sand, Zement und Eisen ausführt.

Durch die Bevölkerungszunahme in den Städten und die aufsteigende Industrie wurde die Nachfrage nach Wohnungen eine größere. Eine Verwendung von Naturstein wurde zu teuer, da sich dieser nicht an allen Orten vorfindet, derselbe muß meistens aus großen Entfernungen herbeigeschafft werden. Auch zeigte es sich, daß Sandstein durch die Säure der Luft nicht immer wetterbeständig ist. Die Schaffung von Werkplätzen wurde in Großstädten von Jahr zu Jahr kostspieliger. Alle diese Gründe gaben Anlaß, einen Ersatz für Naturstein zu suchen.

Zur selben Zeit nahm die Zementfabrikation einen riesenhaften Aufschwung. Jüdische Unternehmer kamen auf den Gedanken, denselben zur Herstellung von Werkstoffen zu verwenden. Die Hauptbestandteile, als Sand und Kies, finden sich meist an allen Orten. Die Gewinnung dieser Materialien ist auch nicht mit so hohen Kosten verknüpft. In Formen von Holz, Eisen und Gips wird nun an den sichtbaren Flächen ein Gemisch von feinem gewaschenen Sand und Zement aufgestampft, darüber eine

Schicht nach der andern von grobem Kies und Zement, bis die Form gefüllt ist. Nach diesem wird die Form umgelegt, von der Masse entfernt und das Werkstück ist fertig. Ein Abfall wie bei Ausarbeitung in Naturstein, der entfernt werden mußte und Kosten verursachte, war nicht nötig, da es keinen gab.

Um die Naturfarbe zu erzielen, werden die Werkstücke genau wie Stein mit Scharriereisen, Krönel, Spitze, Stoßhammer und Schleifen bearbeitet. Ein Nichtfachmann wird die unter solchem Verfahren hergestellten Bauten von Naturstein nicht unterscheiden können. So finden wir heute künstlichen Sand- und Kalkstein, Porphyrr, Granit und Marmor.

Mit der Herstellung einzelner Werkstücke begnügte sich die Technik nicht; im Laufe der Zeit erkannten die Baumeister, daß zusammengestampfte Massen von Kies, Sand und Zement unter Verbindung von Eisen bedeutend tragfähiger als Naturstein ist. Die Folge davon war, daß ganze Brücken aus diesem Material gestampft werden. Nicht genug damit, in neuerer Zeit werden ganze Bauten aus Beton hergestellt. Die Pfeiler werden nach ihrer Stärke mit Holz umkleidet, desgleichen Treppen und Decken, mit Beton aufgestampft, und so entsteht eine Etage nach der andern. Die zu bearbeitende Kunststeinmasse wird entweder gleich mit eingestampft, oder nach Entfernung der Holzumfassung mit demselben Material gepulvt und dann bearbeitet. Den Vorteil haben derartige Bauten, daß durch die Tragfähigkeit des Stampfbetons die Pfeiler, Fensterbogen, Treppen nicht so stark sein müssen wie in Naturstein und dadurch Raum gespart wird. Desgleichen werden die Baulichkeiten bedeutend mehr Tageslicht erhalten, da größere Fenster freigelassen werden können. Auch braucht man zur Ausführung keine so starken Gerüste, da Werkstücke von großer Schwere nicht verwandt werden. Ein Vorseitigen dieser Bauart wäre gleichbedeutend, als wollte man die Maschinen entfernen.

Wenn uns Steinmeken die Entwicklung der Kunststeinindustrie nicht angenehm sein kann, hindern wollen und können wir sie nicht. Im allgemeinen glaube ich, daß die Produktion im natürlichen Steinmaterial immer noch stark im Zunehmen begriffen ist. Weiter wird der Kunststein bei großen öffentlichen Bauten kaum in Frage kommen. Bewundern muß man eigentlich den Fortschritt der Technik, insbesondere der Chemie, daß die natürlichen Steine so „künstlich“ nachgeahmt werden können. Kommen Architekturstücke mit großer Gliederung vor, dann dürfte Kunststein mindestens so hoch wie Sandstein kommen. E. B.

Ein kurzer Ueberblick über die Berufsverhältnisse im Dürkheimer Cal.

Der Geschäftsgang ist in diesem Jahre ein flauer gewesen. In einigen Kleinbetrieben ist gegen andre Jahre fast gar nichts los; es sind nur drei bis vier Mann beschäftigt, wohingegen früher immer acht bis zehn und noch mehr beschäftigt waren. Es hat sich deshalb auch ein Teil der Kollegen vom Beruf zurückgezogen und in den Fabriken Arbeit genommen. Beschäftigt und gegenwärtig in 15 Betrieben 146 Steinmeken, 60 Steinbrecher und 21 Lehrlinge. In einem Geschäft besteht eine sogenannte Lehrlingszuchterei; es sind nämlich drei Gesellen und fünf Lehrlinge beschäftigt. Ein andres Geschäft, welches ja mehr als 20 Gesellen beschäftigt, ist ebenfalls mit fünf Lehrlingen beglückt. Es wäre erwünscht, daß sich hier die Behörde einmal überzeugen würde, da nur einige das 16. Lebensjahr erreicht haben. In den übrigen Geschäften sind 1 oder 2 Lehrlinge vorhanden, welche aber mehr als Laufjungen benutzt werden. Die Einhaltung der Bundesratsverordnung läßt auch noch manches zu wünschen übrig. Was die Organisation anbelangt, so darf man auch hier nicht erschrecken, um mit einer scharfen Kritik einzufahren. Es ist in diesem Jahre eine grenzenlose Flauheit eingetreten, welche sich mit den bestehenden Verhältnissen schlecht ausgleicht. Es muß hier betont werden, daß im vorigen Jahre sämtliche Steinmeken sowie Brecher, mit Ausnahme von sieben Arbeitern, der Organisation angehörten. In diesem Jahre aber ist die Zahl der Nichtorganisierten auf 65 gestiegen. Von diesen gehören 28 den Steinmeken und 37 den Steinbrechern an; darunter befindet sich ein Steinmeker, der schon früher verschiedene Vertretungsämter in der Organisation bekleidet hat. Fragt man, welche Gründe sie dazu veranlaßt haben, aus der Organisation auszutreten, so erhält man zur Antwort, dieser oder jener Kollege trage die Schuld. Allein die Hauptschuld liegt in der Interesslosigkeit der betreffenden selbst. Wenn nun solche Kollegen von einer inneren Ueberzeugung reden wollen, so sei bemerkt, daß bei solchen, welche keine andern Gründe angeben wissen, noch niemals eine Ueberzeugung vorhanden war, denn einem Ueberzeugten wird es niemals einfallen, wegen einer Person aus der Organisation auszutreten.

Wir wollen einmal die Frage aufwerfen: Was ist die Schuld, daß die Zahl der Nichtorganisierten eine so hohe geworden? Hat es vielleicht an Aufklärung gefehlt? Dieses kann von keinem einzigen gesagt werden. Oder sind die Berufsverhältnisse so günstig, daß man keine Organisation braucht? Auch dies ist nicht der Fall. Oder wollen diejenigen, welche der Organisation den Rücken gekehrt, ihren Unternehmern einen freundschaftlichen Liebesdienst erweisen? So mögen sie doch erst überlegen, ob sie sich nicht selbst ins eigne Fleisch schneiden. Oder haben diese noch nicht eingesehen, in welcher traurigen Lage sie sich befinden? So wird wohl der Winter, wo so mancher an Hungertuche zu nagen hat, Gelegenheit geben, sich eines andern belehren zu lassen. Es wird so mancher zu der Einsicht kommen, daß die Organisation auch für sie ein Ding der absoluten Notwendigkeit ist. Die Unternehmer sind besser belehrt; kein einziger fehlt in ihrer Organisation. Tatsache ist, daß die Steinmeken nur in einigen Betrieben sich davon brüden können, während die Steinbrecher fast in allen Betrieben beschäftigt sind. Es liegt also auch viel an den Kollegen, daß die Steinbrecher nicht mehr aufgemuntert werden. Allein, wollen wir ehrlich sein, so müssen wir sagen: wir haben alle gesündigt, wir haben alle nicht unsere Pflicht voll und ganz erfüllt, sonst hätte die Zahl der Unorganisierten eine so hohe nicht werden dürfen. Machte es sich nun jeder Kollege zur Aufgabe, mit an die Arbeit zu gehen, und es ist dann ein leichtes, die uns fernstehenden Kollegen der Organisation wieder zuzuführen. Wir haben keine Ursache, uns auf die faule Haut zu legen, denn es ist noch eine große Arbeit vorhanden, es muß noch manches besser werden. Alois Willa der.

Literarisches.

Von der Neuen Gesellschaft (Herausgeber Dr. Heinrich Braun und Vilh Braun, Verlag, Berlin NW. 6, Charitéstr. 3, Verbandshaus des Deutschen Metallarbeiterverbands. Preis für das Einzelheft 10 Pfg. Probehefte kostenlos), ist soeben das Heft 16 des 5. Bandes erschienen, das folgenden Inhalt hat: Wolfgang Heine: Der Hochverratsprozess. — Friedrich Stampfer: Volkrechnung. — Karl Leutner: Wiener Nachklänge. — W. G. Wliegen (Amsterdam): Die niederländische Sozialdemokratie und die Kolonialpolitik. — Dr. med. Karl Bremer: Der 14. internationale Kongress für Hygiene und Demographie in Berlin. — Karl Morburger: Das schulbige Kind.